



**Online
Landesdelegiertenkonferenz
der
Jusos Hamburg
Januar 2021**



Beschlussbuch

Lasse Nielsen

Landesgeschäftsführer
Jusos Hamburg

1

2 **Initiative Bornplatzsynagoge**

3

4

5 **Forderung:**

6

7 Die Jusos Hamburg unterstützen das Projekt des Wiederaufbaus der Bornplatzsynagoge.

8 Ob und inwieweit innerhalb der neu aufgebauten Synagoge auch eine Gedenkstätte für die

9 Opfer der Reichspogromnacht von 1938 integriert werden soll, wird den Vertreter*innen der
10 jüdischen Gemeinde überlassen.

11

12 **Begründung:**

13

14 Nachdem jüdisches Leben bereits jahrhundertlang die Hamburger Geschichte geprägt hatte,
15 wurde mit der Synagoge am Bornplatz (dem heutigen Joseph-Carlebach-Platz) im
16 Grindelviertel, die erste freistehende Synagoge Hamburgs, gebaut. Sie war damit das
17 sichtbarste Wahrzeichen jüdischen Lebens in der Stadt und diente der Deutsch-Israelitischen
18 Gemeinde als Hauptsynagoge.

19

20 Im Zuge des nationalsozialistischen Terrors wurde während der Reichspogromnacht 1938 die
21 Bornplatzsynagoge, wie viele andere Orte jüdischen Lebens in Hamburg, zerstört. Scheiben
22 wurden eingeschlagen, Feuer wurde gelegt und die Tora samt anderer Gegenstände
23 geschändet. 1939 wurden die Überreste auf Kosten der der Deutsch-Israelitischen Gemeinde
24 abgerissen. Die Gemeinde wurde gezwungen, das Gelände für einen geringen Preis an die
25 Stadt zu verkaufen.

26

27 1988, zum 50. Jahrestag der Zerstörung der Bornplatzsynagoge wurde der Platz nach einem
28 Entwurf der Künstlerin Margrit Kahl umgestaltet: Der Grundriss der alten Synagoge wurde auf
29 dem Boden durch Pflaster- und Granitsteine markiert.



30

31 Nachdem Ende 2019 erneut eine öffentliche Debatte über den Wiederaufbau der
32 Bornplatzsynagoge aufkam, stimmte die Hamburger Bürgerschaft einer Machbarkeitsstudie
33 zu und bekräftigte das Anliegen des Wiederaufbaus (Drs. 21/19916). Dem schloss sich die die
34 Bezirksversammlung Eimsbüttel an (Drs. 21-0375). Der Haushaltsausschuss des Bundestages
35 stellt für den Wiederaufbau 65 Millionen Euro bereit. Zahlreiche Politiker*innen, Personen
36 und Vereine des öffentlichen Lebens haben sich diesem Aufruf bereits angeschlossen.

37

38 Wir Jusos stellen uns gegen jeden Antisemitismus – vergangenen wie gegenwärtigen. Nicht
39 allein aus unserer historischen Verantwortung heraus, sondern auch aus einem prinzipiellen
40 Bekenntnis zu einer vielfältigen Gesellschaft und damit insbesondere zum jüdischen Leben.
41 Dazu gehört es aber nicht nur jeder Form antisemitischer Gewalt entgegenzutreten und den
42 Opfern vergangener Verbrechen zu gedenken. Wir wollen auch aktiv für den heutigen Platz
43 von jüdischem Leben innerhalb unserer modernen Gesellschaft eintreten und es
44 unterstützen. Jüdisches Leben gehört zu Hamburg und muss dementsprechend sichtbar sein.

45

- 
- 
- 46 Wir möchten deshalb dabei helfen, den Weg dafür zu ebnen, dass das jüdische Leben nach
47 über 70 Jahren wieder an sein ursprüngliches Zentrum in Hamburg zurückkehren kann.
48
49 Link zur Initiative: <https://www.bornplatzsynagoge.org/>

1 **Übernahmegarantie auch für dual studierende JAV-Mitglieder**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD-
4 Landesparteitag beschließen:

5

6 **Forderung:**

7

8 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die Mitglieder des Hamburgischen Senats werden dazu
9 aufgefordert, sich dafür einzusetzen, eine Bundesratsinitiative zu starten, die darauf abzielt,
10 den § 78a des Betriebsverfassungsgesetzes und § 9 BPersVG derart neuzufassen, dass
11 künftig auch dual Studierende von ihren Schutzbereichen erfasst werden.

12

13 **Begründung:**

14

15 Nach dem §78a BetrVG und analog dazu dem § 9 BPersVG haben Auszubildende, die sich in
16 der JAV engagieren oder engagiert haben, auf Antrag, einen Anspruch auf die Übernahme in
17 ein unbefristetes Arbeitsverhältnis.

18

19 Die bestehende Begrenzung dieses Anspruches auf die Gruppe der Auszubildenden hat zur
20 Folge, dass dual Studierende wenig oder gar nicht in Jugend- und
21 Auszubildendenvertretungen vertreten sind, da sie fürchten, nach der Ausbildung nicht
22 übernommen zu werden.

23

24 Vor dem Hintergrund, dass der Gesetzgeber durch die Formulierung „zu ihrer
25 Berufsausbildung beschäftigt“ (vgl. §60 BetrVG) die Wählbarkeit und das Wahlrecht auch den
26 Dual Studierenden zuspricht, ist die abweichende Formulierung im §78a lediglich damit
27 erklärbar, dass das Modell des dualen Studiums zum Zeitpunkt der Ausfertigung eine
28 Ausnahme darstellte.

29 So kamen im Jahr 2005 auf einen Auszubildenden lediglich 0,02 dual Studierenden, wohingegen
30 das Verhältnis im Jahr 2019 bereits 0,08 betrug¹.

31 Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen und die gleichen Rahmenbedingungen für dual
32 Studierende zu schaffen, ist es erforderlich, die Begrifflichkeiten des §78a BetrVG
33 anzupassen.

¹ https://www.bibb.de/dokumente/pdf/06072020_AiZ_dualesStudium-2019.pdf (Seite 12 /Zugriff am 01.11.2020) und <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/156916/umfrage/anzahl-der-auszubildenden-in-deutschland-seit-1950/> (Zugriff am 01.11.2020)

1 **Rückenwind für die junge betriebliche Mitbestimmung!**

2

3 Die LDK der Jusos Hamburg möge beschließen und an den Landesparteitag der SPD Hamburg
4 weiterleiten:

5

6 **Forderung:**

7

8 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die Mitglieder des Hamburgischen Senats werden dazu aufgefordert,
9 sich dafür einzusetzen, eine Bundesratsinitiative zu starten, die darauf abzielt, das
10 Betriebsverfassungsgesetz wie folgt zu ergänzen.

11

12 § 25 Abs. 3 BetrVG

13

14 Kann ein Mitglied der JAV aufgrund der Teilnahme am Berufsschulunterricht oder Vorlesungen an
15 Hochschulen im Rahmen eines dualen oder berufs begleitenden Studiums unter Berücksichtigung der
16 Wegezeit zum Ort der JAV-Sitzung an der JAV-Sitzung nicht teilnehmen, gilt dieses als zeitweise
17 verhindert.

18

19

20 **Begründung:**

21

22 Die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) vertritt die Interessen von jugendlichen Angestellten
23 (unter 18 Jahren) und Auszubildenden in Betrieben mit Betriebsrat und ist somit elementar für die
24 Verbesserung von Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen. Historisch gesehen ist die JAV häufig der
25 Ursprung einer sozialdemokratischen Politisierung junger Menschen. Vor diesem Hintergrund ist es
26 unsere Aufgabe, als jungsozialistischer Verband dafür zu sorgen, dass sich unsere Mutterpartei für
27 eine solide Grundlage für gute JAV-Arbeit stark macht.

28

29 Derzeit sind die Verhinderungsgründe lediglich durch Rechtsprechung definiert worden. So dürfen
30 Ersatzmitglieder nur dann nachgeladen werden, wenn das ordentliche Mitglied aufgrund von
31 Erholungsurlaub, Krankheit oder Seminaren, die in Bezug zur JAV-Arbeit stehen, verhindert ist.

32 In der betrieblichen Realität ist es jedoch häufig so, dass Mitglieder der JAV aufgrund von
33 Berufsschulunterricht oder Vorlesungen der Hochschulen nicht an den Sitzungen teilnehmen können.

34 Da in diesen Fällen kein Ersatz geladen werden darf, ist das produktive Abhalten der Sitzungen -
35 mangels Beschlussfähigkeit - nicht möglich.

1 **Lehrstellen statt Leerstellen – Uni ausfinanzieren, Stellen sichern, 2 Studienqualität erhalten**

3

4 Ziel: Die LDK der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Hamburg
5 beschließen:

6

7

8 **Forderung:**

9

10 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die SPD-Senator*innen stellen sicher, dass die
11 Hamburgische Hochschullandschaft ausreichend finanziert wird, um die im Koalitionsvertrag
12 vereinbarten wissenschaftspolitischen Ziele zu erreichen. Die Hochschulen dürfen
13 insbesondere nicht Opfer der Sparpolitik im Zuge der Corona-Pandemie werden.

14

15 1) Das Kostendefizit der Hochschulen muss sofort gedeckt werden. Die finanziellen Mittel
16 der Wissenschaftsbehörde müssen jährlich an die Inflationsrate und die Tarifsteigerungen
17 angepasst werden. In den vergangenen Jahren wurde das Budget jährlich um 0,88%
18 gesteigert, ein Wert, der weit unter der jährlichen Inflationsrate von etwa 1,21% und der
19 Tarifsteigerung von 3,2% liegt. Diese sogenannte Kostenschere zwischen den realen Ausgaben
20 der Hochschulen für die zwischen der BfWG und den Hochschulen vertraglich vereinbarten
21 Leistungen auf der einen Seite und den von der BfWG zugewiesenen Mittel auf der anderen
22 Seite wächst seit Jahren erheblich und summiert sich im Haushaltsjahr 2020 alleine auf etwa
23 22 Millionen Euro. Die Hochschulen stehen bereits heute vor kaum lösbaren finanziellen
24 Herausforderungen und können abseits der Exzellenzcluster schwerlich qualitativ gute Lehre,
25 Forschung und Bildung sicherstellen.

26 2) Die SPD Hamburg wirkt auf die BfGW und die zuständige Senatorin ein, die breit
27 geäußerten Bedenken der Hochschulrektorenkonferenz Hamburgs, der
28 Bildungsgewerkschaften und der studentischen Vertreter*innen bezüglich der
29 prekären Finanzsituation der Hochschulen ernst zu nehmen. Vielmehr braucht es
30 einen gleichberechtigten Dialog zwischen der Wissenschaftsbehörde und allen
31 betroffenen Statusgruppen der Hochschulen darüber, wie die Hochschulen den
32 Anforderungen an gute Lehre, Forschung, Bildung – aber auch den Herausforderungen
33 der Digitalisierung – genügen kann.

34

35 In einem Nachtragshaushalt werden die Minderzuweisungen aufgrund der Corona-Pandemie
36 ausgeglichen. Der Corona-Notfallhaushalt darf zu keiner nachhaltigen Schädigung der
37 Hochschullandschaft führen.

38

39 **Begründung:**

40

41 Die im Wissenschaftshaushalt 2021 eingestellten Mittel untergraben die im Koalitionsvertrag
42 festgelegten Ziele und Leistungsvorgaben an die Hamburgischen Hochschulen. Gute
43 Wissenschaft gibt es nur unter guten Arbeits- und Studienbedingungen. Bildung, Lehre und
44 Forschung sind zentrale Zukunftsbereiche, die mit diesem Haushalt keine tragfähige
45 Grundlage besitzen.

46 Die BfWG beruft sich mitunter öffentlich darauf, dass in den Haushalten entsprechende
47 Budgetsteigerungen von bis zu 2% vorgesehen sein. Deutlich ist dabei jedoch, dass die
48 entsprechenden Steigerungen de facto unzureichend sind, die öffentlichen Äußerungen der
49 Wissenschaftssenatorin (z.B. im Hamburger Abendblatt 03.11.2020) stellen somit einen
50 eindeutigen Etikettenschwindel dar. So standen in den vorangegangenen Jahren
51 Budgetzuwächse von jährlich 0,88% (gemäß der Hochschulvereinbarung von 2013) den
52 erfolgreichen und deutlich höheren Tarifabschlüssen im Öffentlichen Dienst gegenüber, die
53 damit zu einer ungedeckten Kostensteigerung der Hamburger Hochschulen geführt hat. Allein
54 in den letzten beiden Jahren waren die Tarifabschlüsse mit jeweils 3,2% deutlich höher. Die
55 hieraus resultierende sog. „Kostenschere“ beträgt für die Universität Hamburg zum
56 derzeitigen Stand jährlich ca. 22 Mio. Die Universität Hamburg ging an ihre finanzielle
57 Grenzen, indem sie die Kostenschere jahrelang aus eigenen Betriebsmitteln und Rücklagen
58 kompensierte. Das geschah im Vertrauen in die Aussagen der BfWG, dass ab 2021 mit
59 erheblichen Mittelerhöhungen zu rechnen sei. Insgesamt laufen die von der BfWG und der
60 Wissenschaftssenatorin als „Steigerungen“ titulierten Budgetvorstellungen auf weitere und
61 empfindliche Kürzungen für den Wissenschaftsstandort Hamburg hinaus Die
62 Hochschulrektorenkonferenz Hamburg und die Bildungs-Gewerkschaften haben diesen
63 Sachverhalt bereits wiederholt und öffentlich kritisiert.
64 Gute Forschung und Lehre benötigen langfristige Planungssicherheit und eine adäquate
65 Ausstattung. Besonders verheerend zeigt sich u.E., dass die langfristige Planung der
66 Universität Hamburg mit diesem Notfall-Haushalt verunmöglicht wird. Das bisherige
67 Planungsverfahren berief sich auf deutliche Budgetsteigerungen in den kommenden Jahren,
68 die nun im Zuge der Corona-Pandemie unilateral von der Behörde aufgekündigt wurden.
69 Damit sind nun langfristige Zielvorgaben und die Personalentwicklung insgesamt bedroht.
70 Erfolgreiche und zukunftssträchtige Projekte wie das Universitätskolleg und ahoi.digital
71 werden wahrscheinlich nicht fortgeführt werden können. Die bisherigen Zusagen der Behörde
72 und der Freien und Hansestadt Hamburg wurden so kurzfristig ohne angemessene
73 Perspektive abgesagt, langfristige Strukturentwicklungen sind nicht mehr möglich,
74 nachhaltige Schäden durch absehbare Strukturdefizite für die Universität und den
75 Wissenschaftsstandort Hamburg insgesamt werden anscheinend billigend in Kauf genommen.
76 Am dramatischsten erscheint dabei, dass die Beibehaltung des Status quo keineswegs
77 unfinanzierbar ist. In Zeiten in denen Privatwirtschaftliche Unternehmen und Einzelpersonen
78 in umfangreichem Maße von der staatlichen Absicherung in einer außergewöhnlichen Krise
79 profitieren, wird in Hamburg dagegen zuallererst im Bildungs- und Wissenschaftsbereich
80 eingespart. Derartige Zustände sind inakzeptabel und den Beschäftigten der Universität nicht
81 vermittelbar. Die Haushaltsvorstellungen der BfWG stoßen hier auf ein ungewöhnlich breites
82 und geschlossenes Unverständnis und deutliche Ablehnung über alle Statusgruppen, also
83 Professor*innen, Akademisches Personal, TVP und Studierende hinweg. Wir fordern die SPD
84 Hamburg daher dazu auf, die strukturelle Unterfinanzierung der Universität zu beenden, sich
85 für eine nachhaltige und solidarische Wissenschaftspolitik einzusetzen und Beschäftigten und
86 Studierenden auch über die Pandemie hinaus langfristige und solide finanzielle und ideelle
87 Unterstützung zu bieten.

88

89 **Studienbedingungen:**

90

91 Die Studienbedingungen sind durch die aktuellen Haushaltsvorstellungen der BfWG deutlich
92 gefährdet. Einerseits wird die durch die Kürzungen erforderliche Personalumbau von
93 Qualifikations- und Professor*innen- zu reinen Lehrstellen (sog. WimiLe) die an einigen

94 Fakultäten ohnehin bereits kritische Entkopplung von Forschung und Lehre weiter
95 verschärfen. Perspektivisch sehen sich durch den kürzungsbedingten Stellenabbau – der von
96 der BfWG scheinbar billigend in Kauf genommen wird Um die seitens der BfWG gestellten
97 Forderungen nach erhöhten Studienplatzzahlen zu erfüllen, muss die Universität den
98 Schwerpunkt auf kostengünstigere sog. Buchwissenschaften legen, zu Kosten der MIN-Fächer.
99 Die Reform der Lehrer*innenbildung steht zum derzeitigen Stand auf der Kippe. Die
100 Universität Hamburg ist die einzige Volluniversität der Stadt, eine Vielzahl essentieller und
101 interdisziplinärer Studiengänge können nur hier studiert werden. Kürzungen in
102 kostenintensiven oder kleinen Studiengängen wird dem Wissenschaftsstandort Hamburg
103 langfristig Schaden zufügen.

104 Mit der bereits jetzt angekündigten Erhöhung der maximalen Teilnehmer*innenzahlen für
105 Seminare verschlechtert sich das an einigen Fakultäten bereits desolates Verhältnis von
106 Lehrenden zu Studierenden weiter. Eine gute Betreuungssituation wird dadurch erschwert,
107 individuelle, tagesaktuelle und kritische Lehre als zentrale Elemente einer der Aufklärung
108 verpflichteten Universität kaum noch möglich.

109 Als zentrales Problem erweist sich, dass auf der einen Seite die Leistungsvereinbarungen auf
110 eine deutliche Steigerung der Studierendenzahlen abzielen, die hierfür erforderlichen
111 zusätzlichen Lehrmittel im Haushalt aber nicht vorgesehen sind. Die Universität soll damit
112 mehr Studienplätze schaffen, die zugleich aber mit insgesamt reduzierten Mitteln betreut
113 werden sollen. Die bereits jetzt ausgeschöpften Lehrkapazitäten werden so insgesamt weiter
114 reduziert, mit entsprechenden Konsequenzen für die Studierenden, aber auch die
115 Mitarbeiter*innen (s.u.). Begleitet wird Qualitätsminderung in der Lehre von
116 hochschulpolitischen Fehlentscheidungen in Pandemiezeiten wie der Einführung von
117 Gebühren für Eignungstests und unzureichenden Darlehen, die das Existenzminimum nicht
118 decken können. Mit den bereits jetzt enorm hohen Lebensunterhaltungskosten wird
119 Hamburg ein zunehmend unattraktiver Studienstandort.

120

121 **Arbeitsbedingungen**

122

123 Da sich an der Universität Hamburg mitunter die einzige Möglichkeit zu Einsparungen auf
124 Ebene des Personals ergibt, werden die Haushaltsvorstellungen der BfWG hier zu erheblichen
125 Einschnitten führen. Der Kanzler der Universität geht bereits jetzt davon aus, dass von 2022-
126 23 eine personelle Einsparung von 5-7% der Stellen erforderlich sein wird. Eine Vakanzhaltung
127 von 3% der Stellen ist bereits ab dem Jahr 2022 erforderlich. Vor dem Hintergrund der bereits
128 jahrzehntelang verfolgten, verfehlten Sparpolitik erscheint dies besonders dramatisch.
129 Besonders problematisch erscheinen uns diese Konsequenzen zuallererst für Beschäftigte des
130 akademischen Nachwuchses. Während Professor*innen nicht zuletzt aufgrund ihres
131 Beamtenstatus einen weitgehend vor personellen Einschnitten geschützt sind, werden die
132 Konsequenzen mit großer Wahrscheinlichkeit überproportional die befristet beschäftigten
133 wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen betreffen. Diese ohnehin bereits prekär (i.d.R. auf 3
134 Jahre) beschäftigte Statusgruppe wird damit in doppelter Weise betroffen. Vor dem
135 Hintergrund der außerordentlich schlechten Bezahlung und der unsicheren Berufsperspektive
136 sehen sich diese außergewöhnlich motivierten und engagierten Personen in doppelter Weise
137 von der Coronapandemie eingeschränkt: Nicht nur fehlten im letzten Jahr und erwartbar auch
138 im folgenden Jahr zahlreiche Forschungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten, nun fällt auch mit
139 den Haushaltsplänen die berufliche Sicherheit für diese Statusgruppe. Zudem werden
140 perspektivisch die forschungsstarken sog. Qualifikationsstellen (s. §28 HmbHG) mit geringem
141 Lehrdeputat zunehmend in reine Lehrstellen (sog. Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen in der

142 Lehre) ohne eigenen Forschungsanteil umgewandelt werden. Die Freie und Hansestadt
143 Hamburg zöge sich damit weiter aus der Finanzierung und Förderung des wissenschaftlichen
144 Nachwuchses zurück. Damit droht an der Universität Hamburg eine dramatische Entkopplung
145 von Lehre und Forschung (siehe auch oben), indem rein drittmittelfinanzierten Stellen ohne
146 eigene Lehrverpflichtung, reine Lehrstellen ohne eigene Forschung gegenüberstehen würden.
147 Nicht nur wird eine solche Politik dem eigentlichen Motto der Universität („Der Lehre, der
148 Forschung, der Bildung“) nicht gerecht, die Akquise von motiviertem und hochqualifiziertem
149 wissenschaftlichem Nachwuchs wird so weiter erschwert. Die hier bereits seit Jahrzehnten
150 von Gewerkschaftsseite geforderten Nachbesserungen und Reformen (z.B. von Seiten der
151 GEW im sog. Templiner Manifest) werden so nicht nur weiter ignoriert, sondern aktiv
152 unterwandert. Die Sozialdemokratie droht hier ihre Glaubwürdigkeit in der
153 Wissenschaftspolitik endgültig zu verlieren.
154 Professor*innen drohen mit dem aktuellen Haushalt ihre wenigen noch vorhandenen
155 etatfinanzierten Mitarbeiterstellen zu verlieren, mit erwartbaren Mehrbelastungen auch für
156 diese Statusgruppe. Vakanzhaltungen bei dieser Statusgruppe sind bereits zum jetzigen
157 Zeitpunkt aus ökonomischen Gründen erforderlich gewesen (sog. Berufungsstopp), mit
158 mitunter drastischen Konsequenzen für Studierende und Kolleg*innen, die die resultierende
159 Mehrarbeit unentgeltlich auffangen mussten.

160

161 **Forschung**

162

163 Wie oben geschildert laufen, die im aktuellen Haushalt vorgesehenen Kürzungen auf einen
164 empfindlichen Stellenabbau an der Universität Hamburg hinaus.

165 Auch in Berufungsverfahren gestalten sich die Ausstattungsverhandlungen aus äußerst
166 schwierig; der Wissenschaftsstandort Hamburg ist damit perspektivisch weder bundesweit
167 noch international konkurrenzfähig. Hochqualifizierte Wissenschaftler*innen und
168 wissenschaftlicher Nachwuchs können so kaum für die Freie und Hansestadt Hamburg
169 gewonnen werden. Die erwartbaren Qualitätsverluste in der Lehre werden weiterhin
170 erschweren engagierte und motivierte Studierende für eine akademische oder
171 wissenschaftliche Laufbahn zu motivieren. Hochkarätige Spitzenforschung wird damit in
172 Hamburg kaum mehr möglich sein.

173 Besonders dramatisch daran ist weiterhin, dass diese Entwicklungen zu erwartbaren
174 Verlusten im Hinblick auch auf Drittmittelakquise und die öffentliche Forschungsförderungen
175 führen wird. So äußerte bereits jetzt der Kanzler der Universität, dass der Exzellenzstatus der
176 Universität unter diesen Bedingungen nicht verteidigt werden kann. Damit verbunden ist
177 nicht nur ein empfindlicher Renomméverlust der Universität und auch der Freien und
178 Hansestadt Hamburg insgesamt, sondern auch eine entsprechende Reduktion der
179 drittmittelfinanzierten Forschungsstellen. Der Wissenschaftsstandort Hamburg droht sich
180 damit in eine Abwärtsspirale zu begeben, die nicht im Sinne einer nachhaltigen
181 Wissenschaftspolitik sein kann.

182 Quellen und vertiefung:

183

1 **Titel:** UN Binding Treaty on Business and Human Rights unterstützen

2

3

4 Ziel: Die LDK der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD
5 Hamburg und anschließend zur Weiterleitung an den Bundesparteitag, sowie an der Juso-
6 Bundeskongress beschließen:

7

8

9 **Forderung:**

10

11 Die SPD als Regierungspartei wird dafür sorgen, dass sich die Bundesregierung konstruktiv in
12 den Prozess für einen verbindlichen völkerrechtlichen Vertrag über Wirtschaft und
13 Menschenrechte, der derzeit dem United Nations
14 Human Rights Council als Entwurf eines „LEGALLY BINDING INSTRUMENT TO REGULATE,
15 IN INTERNATIONAL HUMAN RIGHTS LAW, THE ACTIVITIES OF TRANSNATIONAL
16 CORPORATIONS AND OTHER BUSINESS ENTERPRISES“ vorliegt, einsetzt. Ebenso wird sie sich
17 dafür einsetzen, dass die EU den Prozess konstruktiv begleitet. Einen etwaigen Vertrag
18 werden wir schnellstmöglich ratifizieren.

19

20

21 **Begründung:**

22

23 Derzeit wird auf Initiative Ecuadors und Südafrikas auf UN-Ebene der Vorschlag eines
24 völkerrechtlichen Vertrags zu Wirtschaft und Menschenrechten diskutiert. Im Kern hat der
25 Entwurf dazu die Verpflichtung zum Gegenstand, dass alle Unterzeichnerstaaten Gesetze
26 erlassen, die für Unternehmen die sanktionierbare Rechtspflicht einführen,
27 menschenrechtliche Sorgfaltspflichten zu beachten. Dabei handelt es sich um einen
28 Risikomanagementprozess, der 2011 von dem UN-Menschenrechtsrat im Rahmen der UN-
29 Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte als verpflichtend für Unternehmen
30 entwickelt wurde. Kern der zu beachtenden Menschenrechte sind etwa die ILO-Leitprinzipien
31 (u.a: Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit, Vereinigungsfreiheit). Durch die völkerrechtliche
32 Pflicht würde ein stärkerer Menschenrechtsschutz in unternehmerischen Kontexten und eine
33 Situation der Wettbewerbsgleichheit geschaffen, denn kein unterzeichnender Staat könnte
34 seinen Unternehmen durch besonders schwache Regeln Vorteile verschaffen.

1 **Titel: Einheitliche EU-Regelungen für Rüstungsexporte**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den Landespartei der
4 SPD Hamburg mit dem Ziel der Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion und die S&D-Fraktion im
5 Europäischen Parlament folgendes beschließen:

6

7 **Forderung:**

8 Die Genehmigung der Ausfuhr von Rüstungs- und Dual-Use-Gütern aus der Europäischen Union soll
9 zukünftig nicht länger im Kompetenzbereich nationaler Regierungen, sondern in dem der
10 Europäischen Kommission liegen.

11 Innerhalb der Kommission wird dafür eine Institution geschaffen, welche die alleinigen Befugnisse zur
12 (Nicht-)Genehmigung von Rüstungsexporten innehat.

13 Der Genehmigungsprozess soll auf einer neu geschaffenen EU-Verordnung basieren, welche den
14 gemeinsamen Standpunkt 2008/944/GASP ersetzt.

15 Damit Standards im deutschen Raum nicht gesenkt werden, sollte die Verordnung eine sogenannte
16 „White List“ an Staaten außerhalb der Europäischen Union beinhalten. Jede Ausfuhr einer Kriegswaffe
17 an einen Staat, der nicht auf dieser Liste geführt wird, ist generell zu untersagen. An die Aufnahme
18 eines Staates auf diese Liste werden strenge Bedingungen hinsichtlich der Menschenrechts- und
19 Demokratiesituation in diesem Staat sowie etwaige Beteiligungen an kriegerischen Handlungen
20 seitens des Staates gestellt. Diese Regeln haben sich in etwa an den Regularien zu orientieren, welche
21 zum Beitritt in die EU erfüllt werden müssen.

22 Die Ausfuhr von Dual-Use-Gütern an Staaten außerhalb dieser Liste ist nur dann legal, wenn eine
23 Überprüfung des Verwendungszwecks eine militärische, kriegerische oder nicht-zivile Nutzung
24 ausschließt.

25 Auch die Ausfuhr von Gütern an Staaten auf der „White List“ hat in jedem Fall eine Einzelfallprüfung
26 zur Folge, in welcher sichergestellt werden muss, dass eine Verwendung der Güter keinesfalls den
27 Interessen der Europäischen Union zuwiderläuft.

28

29 **Begründung:**



30 Der Umstand, dass weltweit europäische Waffensysteme in völkerrechtswidrigen Kriegen zum Einsatz
31 kommen und von Staaten genutzt werden, die alle Ansprüche der EU und ihrer Bürger*innen an
32 Menschlichkeit und Demokratie ad absurdum führen, ist nicht länger hinnehmbar.

33 Deutsche Gewehre und Panzer werden im türkischen Angriffskrieg gegen die Kurden eingesetzt, Saudi-
34 Arabien nutzt Eurofighter zur Bombardierung von Zivilist*innen im Jemen und Aserbaidschans
35 Soldat*innen fahren in Mercedes-Trucks durch Bergkarabach von einem zum nächsten
36 Kriegsverbrechen.

37 Der Erzeugung eines jeden in der EU gefertigten Waffensystems hat die Erhaltung und Wahrung des
38 Friedens in Europa und in allen anderen Teilen der Welt als einziger Einsatzzweck zu Grunde zu liegen.

39 Dass dennoch Ausfuhren von Waffensystem genehmigt werden, in deren Folge exakt das Gegenteil
40 passiert, ist oft auf nationale Interessen einzelner Mitgliedstaaten zurückzuführen.

41 Uneinheitliche Genehmigungsbestimmungen können seitens der Erzeuger dieser Systeme als
42 Druckmittel gegenüber Staaten missbraucht werden, die Produktion und die damit verbundenen
43 ökonomischen Vorteile in andere Staaten zu verlagern, welche weniger restriktiv mit den Ausfuhren
44 solcher Güter umgehen.



45 Staaten und Unternehmen, die aus ethischen Gründen auf diese Exporte verzichten, sehen sich
46 dadurch mit einem Wettbewerbsnachteil konfrontiert, da viele dieser höchst fragwürdigen Exporte
47 leider auch höchst profitabel sind.
48 In der EU darf nicht länger ein Gewinn daraus gezogen werden können, unmoralischen Geschäften
49 nachzugehen, welche langfristig allen Zielen der Union hinsichtlich Frieden, Demokratie und
50 Menschenrechten zuwiderlaufen.
51 Daher sollte der betreffende Markt für alle europäischen Firmen kollektiv und EU-weit
52 zusammengeschlossen werden.

1 **Geschlechtergerechtigkeit im Arbeitsleben stärken – Mutterschutzgesetz auch**
2 **für Geschäftsführerinnen und Vorstände!**

3
4

5 Die LDK der Jusos Hamburg möge beschließen:

6 Zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Hamburg und den Bundesparteitag der SPD:

7
8

9 **Forderung:**

10

11 § 1 Abs. 2 S. 1 Mutterschutzgesetz ist wie folgt zu ändern:

12

13 *„Dieses Gesetz gilt für Frauen in einer Beschäftigung im Sinne von § 7 Abs. 1 des Vierten Buches*
14 *Sozialgesetzbuch sowie für Vorstandsmitglieder eines einer Kapitalgesellschaft i.S.d. §§ 76 ff. AktG, §*
15 *26 BGB und für Geschäftsführerinnen von Personengesellschaften“.*

16

17 **Begründung:**

18 Das Mutterschutzgesetz ermöglicht es Frauen, ihre Beschäftigung in der Zeit ohne Gefährdung ihrer
19 Gesundheit oder ihres Kindes fortzusetzen und wirkt Benachteiligungen entgegen. So gilt ein
20 temporäres Kündigungsverbot während der Schwangerschaft, wonach eine Kündigung bis zum Ablauf
21 von vier Monaten nach der Entbindung unwirksam ist. Hinzu kommen der Mutterschaftslohn bzw. das
22 Mutterschaftsgeld, die der schwangeren Frau ein Auskommen sichert.

23

24 Bisher gilt der Anwendungsbereich lediglich für Beschäftigte in einem Arbeitsverhältnis nach § 7 Abs. 1
25 SGB IV. Weibliche Vorstandsmitglieder und Geschäftsführerinnen werden von dieser Regelung bisher
26 nicht erfasst. Sie können daher wegen einer Schwangerschaft abberufen werden. Dies ist ungerecht
27 und soll sich ändern.

28

29 Stand 2020 ist nur jede fünfte Geschäftsführerposition mit der einer Frau besetzt. Wie kann das sein,
30 wenn mittlerweile knapp mehr als die Hälfte der Hochschulabsolventen Frauen sind? Den Grund sieht
31 die Vorsitzende des Bundesverbands junger Unternehmer (BJU), Lencke Wischhusen, unter anderem
32 in dem typischen Karriereknick für Frauen während der Mutterschaftszeit. Stehen einer
33 Geschäftsführerin oder einer Frau, die es werden möchte, bei der Annahme dieser Aufgabe nicht
34 einmal dieselben Rechte wie einer Arbeitnehmerin – wen wundert es, dass mittlerweile top
35 ausgebildete Frauen, diesen Weg nicht einschlagen oder nicht weitergehen?

36

37 Wir als SPD stehen wie keine andere Partei für eine geschlechtergerechte Arbeitswelt! Keine Frau darf
38 wegen einer Schwangerschaft gehindert sein, einen geschäftsführenden Job auszuüben!

1 **Hamburgs Vielfalt sichtbar machen – geschlechtergerechte Sprache im**
2 **Schriftverkehr der Hamburger Verwaltung einführen**

3

4

5 Die LDK der Jusos Hamburg möge beschließen:

6 Zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Hamburg:

7

8

9 **Forderung:**

10

11 Der Hamburger Senat führt in der laufenden Legislaturperiode die geschlechtergerechte Sprache im
12 gesamten Schriftverkehr (E-Mails, Präsentationen, Broschüren, Presseartikeln, Drucksachen,
13 Hausmitteilungen, Flyern, Briefen, Formularen, etc.) der Verwaltung ein, um alle Menschen
14 unabhängig von ihrem Geschlecht anzusprechen. Dabei wird folgende Regelung empfohlen:
15 Es werden bevorzugt geschlechtsumfassende Formulierungen benutzt (z.B. „Redeliste“ statt
16 „Rednerliste“, „gesetzlich vertreten durch“ statt „Gesetzlicher Vertreter“, „Mitarbeitende“ statt
17 „Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“).

18 Wenn geschlechtsumfassende Formulierungen nicht möglich sind, wird der Genderstar benutzt (z.B.
19 „Kolleg*innen“ statt „Kolleginnen und Kollegen“ „der*die Ingenieur*in“ statt „der Ingenieur/die
20 Ingenieurin“. Dabei wird in Worten, die aus zwei Substantiven bestehen, nur das letzte gegendert (z.B.
21 „Oberbürgermeister*in“ statt „Oberbürger*innenmeister*in“).

22 Eine Einführung der geschlechtergerechten Sprache kann sich an der Regelung vom 18.01.2019 der
23 Stadt Hannover "Empfehlung für eine geschlechtergerechte Verwaltungssprache" orientieren. Um
24 eine Lesbarkeit des Schriftverkehrs auch von sog. Screen-Readern im Sinne der Barrierefreiheit für
25 nicht sehende Personen zu gewährleisten, soll geprüft werden, inwiefern der Doppelpunkt statt des
26 Genderstars verwendet werden kann.

1 **(K)ein Ticket in den Knast – Strafbarkeit des Schwarzfahrens abschaffen!**

2

3

4 Die LDK der Jusos Hamburg möge beschließen und an den Landesparteitag der SPD Hamburg
5 weiterleiten:

6

7

8 **Forderung:**

9

10 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die Mitglieder des Hamburgischen Senats werden dazu aufgefordert,
11 sich dafür einzusetzen, eine Bundesratsinitiative zu starten, die darauf zielt,

12

13 I. den derzeitigen §265a des Strafgesetzbuches dergestalt neuzufassen, dass das sogenannte
14 „Schwarzfahren“ nicht von ihm umfasst wird.

15

16

17 **Begründung:**

18

19 Allein in Hamburg werden jährlich Strafanzeigen in einer hohen vierstelligen Zahl wegen des
20 Vorwurfes der Beförderungserschleichung (ugs.: Schwarzfahren) gemäß §265a I var. 1 StGB gestellt.
21 Wohingegen aufgrund von Falschparken unstrittig keine Strafbarkeit hinsichtlich der Erschleichung
22 einer Leistung (hier Nutzung des Parkraumes) gestellt wurde. Warum nun ausgerechnet der
23 zivilrechtliche Anspruch des Beförderungsunternehmens mit den Mitteln des Strafrechtes durchgesetzt
24 wird, ist schlichtweg nicht nachvollziehbar.

25 Die Werkzeuge des Strafrechtes sind objektiv betrachtet ungeeignet, um eine Person, die meist
26 aufgrund nicht vorhandener finanzieller Mittel schwarzfährt, zu maßregeln. Ganz im Gegenteil: Die
27 Verhängung von Geldstrafen, die mangels finanzieller Ressourcen oftmals nicht bezahlt werden
28 können und dann zwangsläufig durch Ersatzfreiheitsstrafen verbüßt werden, ist bestenfalls dazu
29 geeignet, Armut zu manifestieren und das Führen eines geordneten Lebens zu erschweren.
30 Gleichzeitig können die personellen und wirtschaftlichen Aufwände, die mit einem Strafverfahren und
31 ggfs. Gefängnisaufenthalt daher kommen, nur als unverhältnismäßig bezeichnet werden.
32 Bereits unser derzeitiges politisches Handeln berücksichtigt, dass Mobilität durchaus
33 Grundrechtscharakter besitzt. Mit der Subventionierung von Fahrkarten für finanzschwache
34 Bevölkerungsgruppen, haben wir einen Weg eingeschlagen, der durch diesen Antrag fortgeschrieben
35 wird.

1 **Richter*innenbereitschaftsdienst für eine bessere strafrechtliche Verfolgung** 2 **von häuslicher Gewalt!**

3

4

5 Die LDK der Jusos Hamburg möge beschließen:

6 Zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Hamburg:

7

8

9 **Forderung:**

10

11 Der Hamburger Senat wird aufgefordert, einen durch: Richter*innenbereitschaftsdienst¹ für die
12 Vernehmung von Opfern besonders schwerer Fälle häuslicher Gewalt einzurichten.

13 Die Aufgabe des Bereitschaftsdienstes soll es sein, Personen, die Opfer besonders schwerer Fälle
14 häuslicher Gewalt geworden sind und zugleich Angehörige des Tatverdächtigen (§52 StPO) sind,
15 alsbald nach deren Aussage bei der Polizei nochmals richterlich zu vernehmen.

16

17

18 **Begründung:**

19



20 Laut Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist jede dritte Frau in Deutschland
21 mindestens einmal in ihrem Leben von physischer und/oder sexualisierter Gewalt betroffen. Etwa jede
22 vierte Frau wird mindestens einmal Opfer körperlicher oder sexueller Gewalt durch ihren aktuellen
23 oder früheren Partner. Betroffen sind Frauen aller sozialen Schichten. Opfer von Partnerschaftsgewalt
24 sind zu über 81 Prozent Frauen. Es ist nicht nur die Marschroute des SPD-geführten
25 Familienministeriums, sondern es entspricht auch den Grundwerten von uns Sozialdemokrat*innen,
26 sich gegen häusliche Gewalt in jedweder Form einzusetzen!

27

28 Eine effiziente Abschreckung durch die Androhung strafrechtlicher Sanktionen ist eine der vielen
29 wichtigen Voraussetzungen, um das Problem der häuslichen Gewalt langfristig in den Griff zu kriegen.
30 Von einer wirksamen Abschreckung sind vor momentan jedoch weit entfernt: Selbst in den
31 verhältnismäßig seltenen Fällen, in denen es zu einer Anzeige wegen häuslicher Gewalt kommt,
32 werden die Verantwortlichen häufig nicht verurteilt. Opfer häuslicher Gewalt, die zugleich Angehörige
33 der Tatbegehenden sind, verbindet mit diesem nämlich oftmals ein besonderes Nähe- oder
34 Abhängigkeitsverhältnis. Dies führt dazu, dass sich in einer Vielzahl der Fälle die misshandelten
35 Angehörigen in der Hauptverhandlung auf ihr Zeugnisverweigerungsrecht nach § 52 StPO berufen.
36 Dies führt dazu, dass viele Taten häuslicher Gewalt ohne strafrechtliche Folgen bleiben. Denn bei
37 Delikten in der häuslichen Sphäre stehen oftmals keine weiteren Beweismittel als die Zeugenaussage
38 des Opfers zur Verfügung. Das Gericht ist dann gezwungen, den Angeklagten – trotz glaubhafter
39 belastender Aussagen des Opfers bei der Polizei – freizusprechen. Denn die Aussagen des Opfers bei
40 der Polizei können nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (BGH) weder durch
41 Protokollverlesung noch durch die Befragung der vernehmenden Polizeibeamt*innen in die
42 Hauptverhandlung eingebracht werden.

43

¹ Im Folgenden wird aus sprachlichen und Vereinfachungsgründen für alle Formen der maskuline Plural verwendet. Dabei sind – wenn nicht durch den Gesamtkontext anders indiziert – ebenfalls weibliche Personen gemeint.



44 Anders ist dies nach ständiger Rechtsprechung des BGH, wenn dies Vernehmung des misshandelten
45 Angehörigen nicht durch die Polizei, sondern durch eine Richter*in durchgeführt worden ist: Dann
46 kann die Aussage des Opfers später durch Vernehmung der Richter*in in die Hauptverhandlung
47 eingebracht werden. Die Zeugenaussage der vernehmenden Richter*in reicht dann häufig dazu aus,
48 den Täter*in zu überführen. Dabei ist es gleichgültig, ob sich das Opfer in der Hauptverhandlung
49 äußern möchte oder nicht.

50

51 Richterliche Vernehmungen von Opfern häuslicher Gewalt werden schon jetzt regelmäßig
52 durchgeführt. Insoweit enthält der Antrag nichts Neues. Die Anzahl der richterlichen Vernehmungen
53 ist jedoch im Verhältnis zur Anzahl der besonders schweren Fälle häuslicher Gewalt relativ gering. Von
54 der Möglichkeit richterlicher Vernehmungen muss fortan wirkungsvoller, das heißt im Ergebnis
55 systematischer, Gebrauch gemacht werden! Richterliche Vernehmungen der Opfer, die zugleich
56 Angehörige sind, müssen bei besonders schweren Fällen häuslicher Gewalt zur Regel werden. Dafür ist
57 die Einrichtung eines Richterbereitschaftsdienstes notwendig. Hierdurch ist gewährleistet, dass
58 Richter*innen für die Vernehmung von Opfern *ad hoc* zur Verfügung stehen.

1 **Perspektiven schaffen - die junge Generation nicht vergessen**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge beschließen und die Kapitel
4 "Ausgangssituation", "Ausbildung", "Studium", "Lebensrealitäten junger Menschen" und
5 "Finanzielle Lasten" an den Landesparteitag weiterleiten. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und
6 die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert, sich für diese
7 Forderungen einzusetzen, Regelungen auf Hamburg-Ebene zu prüfen und/oder entsprechende
8 Bundesratsinitiativen zu starten.

9

10 **Forderung:**

11

12 Ausgangssituation

13

14 Nahezu das gesamte letzte Jahr ist von der Corona-Pandemie und ihren Folgen dominiert
15 worden - dies gilt insbesondere auch für das politische Handeln. Die politische Diskussion
16 konzentriert sich bisher in weiten Teilen auf die Bekämpfung der Ausbreitung des Virus durch
17 eine Reihe von Einschränkungen und die Abmilderung der wirtschaftlichen Folgen durch in
18 dieser Form beispiellose staatliche Hilfen. Junge Menschen sind im Wesentlichen bei den
19 Diskussionen um Kita- und Schulschließungen und als mögliche Infektionsträger
20 vorgekommen. Insbesondere im Spätsommer ist unsere Generation zudem zum "Schuldigen"
21 für steigende Infektionszahlen auserkoren worden, obwohl weite Teile ihr Leben voller
22 Verständnis für die Maßnahmen radikal verändert haben, um sich an die Einschränkungen zu
23 halten und so eben nicht zur Verbreitung des Virus beizutragen.

24

25 Dies ist für uns zu wenig, denn auch in vielen anderen Bereichen sind Kinder, Jugendliche und
26 junge Erwachsene unmittelbar oder mittelbar in erheblichem Maße von den Folgen der
27 Pandemie betroffen. Mit Beginn der Impfungen und der damit verbundenen Hoffnung, die
28 Corona-Pandemie im Laufe des nächsten Jahres zu beenden, muss der Fokus mehr auf die
29 Folgen für die junge Generation gelegt werden und die Diskussion um den politischen Umgang
30 damit geführt werden. Die Corona-Pandemie darf für die Jugend nicht der bestimmende Faktor
31 hinsichtlich der Chancen auf dem weiteren Lebensweg sein

32

33 Schule

34

35 Die Schulschließungen im Frühjahr haben die bestehenden Ungleichheiten im deutschen
36 Bildungssystem deutlich gezeigt. Der Einfluss der Eltern und der Wohnverhältnisse sowie
37 unterschiedlicher Startvoraussetzungen auf die Bildungschancen haben sich vor allem im
38 Homeschooling deutlich gezeigt. Gerade für eine sozialdemokratische Partei kann der Status-
39 Quo nicht zufrieden stellend sein und die Ungleichheiten müssen stärker in den Fokus des
40 politischen Handelns gestellt werden.

41

42 Bei den Schulschließungen stehen meistens leistungsbezogene Argumente im Fokus, zu selten
43 geht es um die Auswirkungen der Trennung von den Mitschüler*innen auf die psychische
44 Gesundheit der Schüler*innen. Der Verzicht auf die ansonsten alltäglichen Begegnungen mit
45 anderen Kindern und Jugendlichen trifft diese besonders hart. Diese Bedürfnisse nach
46 Begegnungen, sei es im schulischen oder auch im außerschulischen Rahmen, müssen den
47 nächsten Monaten eine stärkere Gewichtung erfahren.

48

49 Konkret fordern wir,

50

- 51 1. die Einrichtung einer Projektgruppe "Bildungsungleichheiten im Hamburger
52 Schulsystem" des Juso-Landesvorstandes, um kurzfristig die zentralen
53 Herausforderungen der Bildungsungleichheiten zu analysieren und mittelfristig
54 zusammen mit der SPD Hamburg diese so stark wie möglich einzuebnen.

55

56 Ausbildung

57

58 Die Corona-Pandemie hat die wirtschaftliche Situation vieler Betriebe verschlechtert oder
59 bedroht sogar deren Existenz. Bereits in den letzten Monaten führte dies zu einem Rückgang
60 von Ausbildungsplätzen. So wurden 2020 11% weniger Ausbildungsvereinbarungen
61 abgeschlossen als noch 2019.¹ Auch die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze ging mit 8
62 % im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurück.² Es ist zu befürchten, dass das Fortschreiten der
63 Pandemie und die damit einhergehenden Eindämmungsmaßnahmen zu einem länger
64 anhaltenden Rückgang von Ausbildungsplätzen auch 2021 und möglicherweise in den
65 darauffolgenden Jahren führt. Die Bundesregierung hat hier bereits mit Ausbildungs- und
66 Übernahmepremien reagiert, allerdings sind diese zunächst bis zum 31. Juli 2021 befristet.
67 Gerade durch den 2. Lockdown ist zu befürchten, dass sich die Situation vieler Betriebe bis
68 Mitte des nächsten Jahres nicht verbessert hat. Zudem wurden die bisherigen Hilfen eher wenig
69 genutzt. Daher muss die Situation weiter beobachtet und die Hilfen auch vor dem Hintergrund
70 der Bundestagswahl frühzeitig nachgebessert werden.

71

72 Zudem kann in den besonders betroffenen Branchen wie Gastronomie, Hotel- oder
73 Eventbranche die Ausbildung aktuell kaum stattfinden. Hier besteht für die jungen Menschen
74 auch mit bereits angefangenen Ausbildungen zum Teil nicht die Möglichkeit, die Ausbildung
75 fortzuführen und auch der Start in den Beruf ist nur schwer möglich. Für diese Menschen
76 braucht es eine Unterstützung zur Überbrückung oder für den Start einer neuen Ausbildung.

77

78 Unternehmen, die nicht oder nicht im ausreichenden Maße ausbilden, müssen wieder in die
79 Pflicht genommen werden und an der Finanzierung der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe
80 'berufliche Ausbildung' finanziell beteiligt werden. Bereits seit Jahren ist anhand von Statistiken
81 zu beobachten, dass das zahlenmäßige Angebot an Ausbildungsplätzen in Deutschland
82 rückläufig ist.³ Während in Metropolen wie Hamburg davon nicht viel zu spüren ist, sieht es in
83 Flächenländern umso dramatischer aus. Die Herstellung gleicher Bildungs- und Berufschancen
84 ist nicht nur ein in der Genetik der Sozialdemokratie tief verwurzeltes Ziel, es ist auch die
85 Grundlage gleichwertiger Lebensverhältnisse und damit des sozialen Friedens in unserer
86 Gesellschaft. Die Ausbildungsplatzgarantie ist geeignet, dafür zu sorgen, dass flächendeckend
87 ausreichend gute Ausbildungsplätze angeboten werden und somit tausenden jungen Leute
88 eine Perspektive zu bieten.

89

90 Im Einzelnen fordern wir,

91

- 92 1. eine bundesweite Ausbildungsplatzgarantie. Diese soll durch eine Abgabe jener
93 Unternehmen, die keine Ausbildungsplätze anbieten, anderen Unternehmen durch
94 finanzielle Unterstützung ermöglichen, Ausbildungsplätze anzubieten, um jungen
95 Menschen flächendeckend eine berufliche Perspektive zu bieten.
96 Die Unternehmen sollen im Rahmen eines Ausbildungsfonds, entsprechend
97 Betriebsgröße und einer Ausbildungsquote von mindestens 10 Prozent, verpflichtende
98 Beiträge für die Mindestanzahl an Auszubildenden im Betrieb an den Ausbildungsfonds

¹ <https://www.rnd.de/wirtschaft/deutlich-weniger-lehrvertrage-corona-pandemie-wirkt-sich-auf-ausbildungsmarkt-aus-Y3I2DUFPTMDXAS4U3MU6KAX3DI.html>

² <https://www.arbeitsagentur.de/bundesprogramm-ausbildungsplaetze-sichern/uebernahmepraemie>

³ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2042/umfrage/angebot-und-nachfrage-auf-dem-ausbildungsmarkt/>

- 99 entrichten müssen. Um Kleingewerbe und strukturell benachteiligte Betriebe oder
100 Regionen nicht unverhältnismäßig zu belasten, werden Betriebe und Unternehmen
101 unter 10 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern davon ausgenommen, dafür aber mit einer
102 Verpflichtung zur Verbundausbildung belegt. Sollten diese dieser nicht nachkommen,
103 ist die Abgabe auch auf diese Betriebe anzuwenden. Sollten sie nachweislich
104 Ausbildungsplätze angeboten haben, die nicht besetzt werden konnten, sind diese
105 ebenso zu berücksichtigen. Aus dem Fonds wird ausbildenden Betrieben, entsprechend
106 der Anzahl der Auszubildenden im Betrieb, der Beitrag zum Ausbildungsfonds
107 zurückerstattet, Unternehmen mit Überbedarfsausbildung werden so gefördert.
- 108 2. sich dafür einzusetzen, die Ausbildungs- und Übernahmeprämien des Bundes zu
109 evaluieren, frühzeitig zu verlängern bzw. weiterzuentwickeln. Dabei soll neben einer
110 Prämie für die Übernahme von Auszubildenden aus insolventen Betrieben auch ein
111 Anreiz für die Übernahme von Auszubildenden und dualen Studierenden in ein
112 reguläres Arbeitsverhältnis nach Ende der Ausbildung eingeführt werden. Dies kann
113 zum Beispiel durch die Privilegierung ausbildender (übernehmender) Betriebe bei
114 staatlichen Investitionen oder Überbrückungshilfen geschehen.
 - 115 3. kurzfristig ein Kurzarbeitergeld für Azubis und dual Studierende eingeführt wird, das
116 derart gestaltet ist, dass diese keinen Einkommensverlust erfahren. Die Hürden für
117 Kurzarbeit in der Ausbildung müssen konkretisiert werden, um die Ausbildung auch
118 weiterhin in hoher Qualität sicherzustellen.
 - 119 4. dass für Ausbildungsberufe, deren Abschlussprüfung einen betrieblichen Auftrag oder
120 Vergleichbares enthalten ein zusätzlicher "Freischuss" geschaffen wird, der es auf
121 Wunsch der Auszubildenden erlaubt, den betroffenen Teil der Abschlussprüfung im
122 Falle des Nichtbestehens oder eines nicht zufriedenstellenden Ergebnisses erneut
123 abzulegen, ohne dass der erste Versuch als solcher in die Wertung einfließt. Das
124 Ausbildungsunternehmen wird verpflichtet, das Ausbildungsverhältnis
125 dementsprechend zu verlängern.
 - 126 5. dass das Berufsbildungsgesetz dahingehend angepasst wird, dass das ausbildende
127 Unternehmen Auszubildenden und dual Studierenden mindestens drei Monate vor der
128 vertraglich vereinbarten Beendigung des Ausbildungsverhältnisses schriftlich
129 mitzuteilen hat, ob nach bestandener Abschlussprüfung eine Übernahme in das
130 Angestelltenverhältnis angeboten wird. Wird eine Übernahme angeboten, ist das
131 Unternehmen rechtlich an dieses Angebot gebunden.

132 Studium

133
134 Viele Studierende haben sich das Studium vor Corona nur durch Nebenjobs z.B. in der
135 Gastronomie finanzieren können. Viele der Branchen, in denen Studierende vor der Pandemie
136 gearbeitet haben, sind besonders betroffen und auch in vielen anderen Bereichen wurden
137 zuerst die studentischen Mitarbeitenden entlassen. Die betroffenen Studierenden haben damit
138 häufig einen entscheidenden Anteil ihrer monatlichen Finanzierung verloren und befinden sich
139 in einer prekären Situation. Die Bundesregierung hat auf dieses Problem bisher nicht
140 angemessen reagiert. Kredite in Höhe von 500 € pro Monat sind für Studierende keine Lösung
141 und reichen in einer Großstadt oft kaum zum Leben. Die Öffnung des BAföG (wie von allen
142 politischen Jugendorganisationen gefordert) bleibt weiterhin die sinnvollste Lösung - Frau
143 Karliczek muss sich an dieser Stelle endlich bewegen.
144

145
146 Aber die aktuelle Situation zeigt, wie prekär die Situation vieler Studierender auch schon vor
147 der Pandemie war, sodass diese auf schlecht bezahlte Nebenjobs angewiesen sind, wenn eine
148 finanzielle Unterstützung durch ihre Eltern nicht möglich ist. Gerade für Studierende, die gerade
149 nicht mehr BAföG-berechtigt sind, ergeben sich oft genug schwierige Situationen. Daher fordern
150 wir weiterhin ein elternunabhängiges BAföG.
151

152 Die fast ausschließlich rein digital stattfindende Lehre erschwert das Studieren zusätzlich. Auch
153 wenn im Wintersemester mittlerweile fast alle Angebote in angepasster Form angeboten
154 werden, findet das Studieren unter erschwerten Bedingungen statt. Mangelnde technische
155 Ausstattung, beengte Wohnverhältnisse (die aktuell auch das Studenumfeld darstellen),
156 eingeschränkter Zugang zu Bibliotheken sowie vor allem der reduzierte Kontakt zu anderen
157 Studierenden und den Lehrenden stellen neben der (finanziellen) Unsicherheit viele vor immer
158 wieder neue Herausforderungen. Für das Sommersemester ist dieser erschwerten Situation
159 bereits mit der Verlängerung des BAföGs in gewissem Maße Rechnung getragen worden. Da
160 sich die Bedingungen nicht großartig verbessert haben, fordern wir auch für das aktuelle
161 Wintersemester eine entsprechende Regelung.

162
163 Für viele Studierende bedeutet auch gerade der zweite Lockdown eine vergrößerte
164 Unsicherheit: Bezüglich der Durchführung von Prüfungen gibt es keine einheitliche Regelung.
165 Insbesondere bei Abschlussprüfungen führt eine Nicht-Durchführung zu einer Verlängerung
166 des Studiums und kann bei einzuhaltenden Fristen (z.B. Schwerpunktprüfungen für den
167 "Freischuss" im Jura-Studium) zu einem nicht verschuldeten Nachteil für die Studierenden
168 führen. Dies muss verhindert werden, indem wo immer möglich Corona-konforme (digitale)
169 Prüfungen eingeführt werden oder die entsprechenden Fristen angepasst werden.

170
171 Vor dem Hintergrund der prekären Situation vieler Studierender ist der Verzicht auf Gebühren
172 jeglicher Art notwendig. Jede Gebühr ist gerade für Studierende aus Familien mit einer sozio-
173 ökonomischen schlechteren Ausstattung ein großes Hemmnis.

174
175 Im Einzelnen:

- 176
177 1. Wir bekräftigen unsere Forderung nach einer kurzfristigen Öffnung des BAföG in der
178 Corona-Pandemie und langfristig nach einem elternunabhängigen BAföG.
179 2. Wir fordern eine Verlängerung der Regelstudienzeit um ein weiteres Semester, um den
180 längeren Bezug von BAföG und weiteren Leistungen zu ermöglichen, sowie die erneute
181 Anpassung universitärer Fristen (z.B. für Bewerbungen oder in Prüfungsordnungen für
182 das Bestehen bestimmter Leistungen).
183 3. Wir lehnen zusätzliche Gebühren für das Studium kategorisch ab. Die Verlagerung
184 von Verwaltungskosten auf Studierende, die bereits vor ihrer möglichen
185 Immatrikulation entstehen, etwa durch Eignungstests, lehnen wir ebenfalls ab.
186 4. Wir fordern, dass Corona-konforme Lösungen und digitale Möglichkeiten für die
187 Durchführung von Prüfungen geschaffen werden, insbesondere für Prüfungen, die in
188 Kooperation mit uni-externen Prüfungsämtern und Prüfungsordnungen ausgeführt
189 werden.

190 191 Lebensrealitäten junger Menschen

192
193 Jugendliche und junge Erwachsene sind durch die Corona-Einschränkungen in ihrer natürlichen
194 Entwicklung, ihren sozialen Bedürfnissen und in ihrem Lebensstil massiv eingeschränkt, haben
195 in der politischen Diskussion aber kaum stattgefunden - wenn, dann nur als feierwütige
196 Generation, die die Verordnungen ignoriert. Dieses Bild gehört gerade gerückt: Die Allermeisten
197 verhalten sich solidarisch und verantwortungsbewusst und folgen den Einschränkungen sehr
198 konsequent.

199
200 Bei der Formulierung der Maßnahmen kommen die Lebensrealitäten junger Menschen
201 dagegen kaum vor. Sowohl die Perspektive der Kinder, die Kontaktbeschränkungen wesentlich
202 härter treffen als Erwachsene als auch die Lebensrealität vieler allein lebender junger
203 Menschen werden nicht wirklich beachtet. Die Beschränkungen von 10 Personen aus zwei
204 Haushalten zeigen ein sehr klassisches Familienbild, das gerade in einer Großstadt nicht mehr
205 aktuell ist. Für viele Menschen bedeuten diese Beschränkungen real, dass nur noch Treffen mit

206 einer weiteren Person erlaubt sind. Hamburg hat an dieser Stelle mit Ausnahmen für
207 Patchworkfamilien einen wichtigen Schritt gemacht.

208

209 Für viele junge Menschen hat sich mit Beginn der Einschränkungen ihr Leben komplett
210 gewandelt. All das, was vorher normal war, ist nicht mehr möglich gewesen. Studierende sitzen
211 alleine in ihren Zimmern statt im vollen Hörsaal, Abiturvorbereitung fand von zuhause statt, das
212 geplante Auslandsjahr fiel aus und Freunde können nur noch in einem sehr eingeschränkten
213 Rahmen getroffen werden. Diese Belastungen dürfen in der Diskussion nicht bagatellisiert
214 werden, sondern müssen ernst genommen werden. Die mit der Situation verbundenen
215 Unsicherheiten sind gerade zum Start in ein eigenständiges Leben für viele eine große Hürde.

216

217 Hinzu kommt, dass Jugendlichen auch kaum Möglichkeiten geboten wird, ihre Freizeit nicht-
218 kommerziell zu nutzen. Wenn Geschäfte, Gastronomiebetriebe, Clubs und sonstige
219 Aufenthaltsorte geschlossen werden, jedoch keinerlei sommerliche Alternative geboten wird,
220 verwundert es nur bedingt, dass viele Leute sich auf der Schanze herumtrieben oder am
221 Jungfernstieg saßen. Eine „Umsonst und Draußen“ Alternative zum Konsum existiert nicht. So
222 sammelten sich viele Menschen an den immer gleichen Orten – auch wenn dies die Lage viel
223 gefährlicher machte. Jugendliche ohne elterliche Gärten werden auch in diesem Sommer
224 rauswollen, rausgehen und dort Freund:innen mit Abstand Freunde treffen. Wenn wir im
225 Sommer keine Schanze 2.0 wollen, braucht Hamburg deshalb ein „Corona-Freizeit-Konzept“.

226

227 Konkret fordern wir,

228

229 1. dass das öffentliche Bild von jungen Menschen gerade gerückt wird und die
230 Auswirkungen der massiven Einschränkungen auf das Leben junger Menschen
231 Berücksichtigung finden.

232 2. dass die Lebenswirklichkeit junger Menschen bei der Erstellung der
233 Eindämmungsverordnungen stärker berücksichtigt wird und immer so viele Frei- und
234 Begegnungsräume für junge Menschen geschaffen werden, also Jugendverbandsarbeit
235 und die offene Kinder- und Jugendarbeit hier besonders in den Fokus genommen
236 werden.

237 3. dass der Senat ein Konzept entwickeln muss, dass Jugendlichen unkommerzielle
238 Freizeitaktivitäten im Sommer ermöglicht und Ansammlungen u.a. durch dezentrale
239 Angebote verhindert.

240

241 Finanzielle Lasten der Corona-Pandemie

242

243 Zur Abmilderung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie sind zusätzliche Kredite in
244 Rekordhöhe aufgenommen worden. Die Kosten der Pandemie müssen gerecht verteilt werden.
245 Superreiche Krisenprofiteur*innen müssen einen größeren Anteil an der Bewältigung der Krise
246 leisten. Die Corona-Schulden dürfen nicht einfach unserer und folgenden Generationen
247 aufgebürdet werden. Nach den Vorgaben der Schuldenbremse besteht daher in den nächsten
248 Jahren die Gefahr staatlicher Sparzwänge. Diese Mechanismen dürfen nicht zur Folge haben,
249 dass in den nächsten Jahren Investitionen ausbleiben. Es ist auch eine Frage der
250 Generationengerechtigkeit, dass auch langfristig Investitionen auf einem mindestens
251 vergleichbar hohen Niveau für die weiteren großen politischen Herausforderungen,
252 insbesondere den Klimawandel und die sozial-ökologische Transformation, fortgeführt werden.

253

254 Zugleich dürfen weder soziale Infrastruktur (Jugendzentren, Stadtteilzentren o.ä.) noch die
255 Qualität der Hochschulen den drohenden kommenden Sparmaßnahmen zum Opfer fallen.
256 Insbesondere für uns Sozialdemokrat*innen müssen hier klare rote Linien bestehen, die unter
257 keinen Umständen angetastet werden dürfen.

258

259

260

Im Einzelnen:

261

262

263

264

265

266

267

268

269

270

271

272

273

274

1. In den nächsten Jahren braucht es (unabhängig von den corona-bedingten Ausgaben) Investitionen auf mindestens ähnlichem Niveau, um insbesondere die sozial-ökologische Transformation zu bewältigen.
2. Die Schuldenbremse darf dabei kein Hindernis sein und muss so reformiert werden, dass Investitionen auch über Kredite möglich sind.
3. Bei potenziellen Sparmaßnahmen müssen die Weiterfinanzierung von Einrichtungen der sozialen Infrastruktur in den Stadtteilen und die ausreichende Finanzierung der Hochschulen zwei der wichtigsten Leitlinien sein.
4. Zur Finanzierung der corona-bedingten Mehrausgaben fordern wir eine einmalige Vermögensabgabe für Vermögende, insbesondere für jene, die durch die Krise profitiert haben. Des Weiteren fordern wir mit Nachdruck eine umfassende Erbschaftsreform und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, um die anstehende sozial-ökologische Transformation zu finanzieren.

1 Wahlprogramme und Kampagnen auch für junge Menschen

2
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den
4 Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:



6 **Forderung:**

- 7
8 1. Für die Bezirks- und Bürgerschaftswahlen wird neben der Standardfassung und dem
9 Wahlprogramm in leichter Sprache ein spezifisches SPD-Jugendwahlprogramm erstellt.
10
11 2. In diesem sollen die zentralen politischen Inhalte und Vorhaben ansprechend für die
12 Jugendlichen und Jungerwachsenen gebündelt werden, um auch für junge Menschen die
13 politischen Leitlinien und das politische Angebot darzustellen.
14
15 3. Es bedarf innerhalb der Wahlkampagnen, aber vor allem auch darüber hinaus, einer
16 stärkeren Adressierung junger Menschen als Zielgruppe des politischen Handelns. Dazu
17 sollen auch entsprechende Expert*innen eingebunden werden.
18
19 4. Für das Bürgerschaftswahlprogramm und die dazugehörige Kampagne soll zur Erstellung
20 des Jugendwahlprogrammes rechtzeitig, spätestens ein Jahr vor der jeweiligen
21 Bürgerschaftswahl, eine Kommission eingesetzt werden, die quotiert und paritätisch vom
22 SPD-Landesvorstand und den Jusos Hamburg besetzt wird. Bei den Beratungen dieser
23 Kommission sollen Expert*innen für entsprechende, auf junge Menschen ausgerichtete
24 Kampagnen eingeladen werden.
25
26 5. Analog werden die Jugendwahlprogramme in den Bezirken gemeinsam von den SPD-
27 Kreisvorständen und den Juso-Kreisverbänden erarbeitet.

29 **Begründung:**

30
31 Bei der letzten Bürgerschaftswahl im Februar 2020 hat die SPD Hamburg mit über 39 Prozent
32 einen deutlichen Wahlsieg errungen und kann so die Stadt erfolgreich weiterregieren. Wir
33 haben seit 2011 eine Vielzahl von politischen Themen bewegt, die insbesondere für die
34 Kinder, Jugendlichen, die Jungerwachsenen und die jungen Familien in dieser Stadt wichtig
35 waren. Darunter fallen u.a. die Abschaffung der Studiengebühren, das Schüler*innen- und
36 Azubi-Ticket, der Bau von Studierenden- und Auszubildendenwohnheimen, die Abschaffung
37 der Kita-Gebühren sowie viele weitere erfolgreiche Reformen.

38 Die Realität ist aber auch, dass wir trotz all dieser umgesetzten politischen Maßnahmen bei
39 der Wählerschicht der 16- bis 24-Jährigen und bei den Erstwähler*innen nur 25% der
40 Stimmen bei den Bürgerschaftswahlen 2020 (2015: 37%) erreicht haben. Das schlechte
41 Abschneiden bei weiten Teilen der jungen Wähler*innen wird sich in den kommenden Jahren
42 auch auf das Gesamtergebnis der Partei auswirken. Sowohl die Bezirks- als auch die
43 Bürgerschaftswahl haben gezeigt, dass junge Kandidierende in der Lage sind, gegen diesen
44 Trend gute Wahlergebnisse zu erzielen. Der Landesjugendring weist bereits seit Jahren auf
45 das Fehlen eines Wahlprogramms für und einer expliziten Ansprache der jungen Menschen in
46 dieser Stadt hin. Eine Mitte-links Partei lebt langfristig auch davon, die jungen Menschen für
47 ihre Ideen zu begeistern. Vor diesem Hintergrund wird es immer wichtiger, als Partei eine
48 Kampagne und ein Wahlprogramm zu erarbeiten, die diese Aufgabe der expliziten Ansprache
49 auch erfüllen können. Dazu braucht es neben den Akteuren im Vorstand der SPD Hamburg
50 und den Jusos natürlich auch weitere Expert*innen der Öffentlichkeitsarbeit.



51 Langfristig muss es unser Ziel sein, dass die SPD wieder die politische Kraft ist, die auch die
52 jungen Menschen dieser Stadt erreicht und für ihre politischen Ideen begeistern kann, um auch
53 in den nächsten Jahrzehnten die Stadt weiter sozialdemokratisch gestalten zu können.

1 **Titel:** Gemeinnützigkeitsgesetz für Genossenschaften im Bereich der Daseinsvorsorge

2

3

4 Ziel: Die LDK der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Hamburg
5 und anschließend zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen:

6

7

8 **Forderung:**

9

10 1. Die SPD Hamburg unterstützt den Gesetzentwurf zur neuen Wohngemeinnützigkeit (Neues
11 Wohngemeinnützigkeitsgesetz – NWohnGG-E) BT-Drs. 19/17307 vom 20.02.2020
12 vollumfänglich.

13

14 2. Die regulatorischen Instrumente und Wertungen der §§ 1 bis 5, 10 bis 12 des Artikel 1
15 NWohnGG-E sollen entsprechend angepasst und auf sämtliche Bereiche der Daseinsvorsorge
16 (insb. den Energiesektor) angewandt werden. Ebenso sollen die Artikel 2 bis 7 NWohnGG-E
17 entsprechend angepasst und auf sämtliche Bereiche der Daseinsvorsorge angewandt werden.

18

19 **Begründung:**

20

21 Das Prinzip der Steuervergünstigung gegen soziale Mieten ermöglichte bis zu seiner
22 Abschaffung durch die Kohl-Regierung den Wohnungsbaugenossenschaften sich darauf zu
23 konzentrieren, günstige Mieten anzubieten. Als Teil einer Steuerreform unter Kohl wurde
24 diese Vergünstigung abgeschafft, um mehr Einnahmen zu generieren. Dazu schrieb der
25 Spiegel von 1988 – *„Die Abschaffung der Gemeinnützigkeit ist ein Teilstück von Stoltenbergs
26 Steuerreform. Zahlen werden, wieder einmal, die sozial Schwachen (...) Kein Zweifel, daß bald
27 viele Städte mit ordentlich geführten Wohnungsunternehmen auf eine angemessene
28 Verzinsung ihrer Gelder drängen werden. Sicher ist auch, daß manche Kommunen versuchen
29 werden, ihre Haushaltslöcher mit dem Verkauf städtischer Wohnungen zu stopfen. Die
30 gemeinnützigen Wohnungsunternehmen wissen, was auf sie zukommt: **Stadtkämmerer
31 prüfen schon, welche Häuser sich am besten verkaufen lassen.**“*

32 Wie vom Spiegel prognostiziert kam es dann auch um die 00er Jahre in zahlreichen Städten,
33 unter anderem Berlin verramschte seine Sozialwohnungen an die Rechtsvorgänger von
34 Vonovia. Dieser Fehler muss korrigiert werden - damit sozial verantwortliche Vermieter nicht
35 mit anderen rein gewinnorientierten Wohnungsvermieter*innen konkurrieren müssen. Diese
36 Steuerungsfunktion soll auch auf andere gesellschaftlich relevante Bereiche ausgeweitet
37 werden. Ziel ist dabei, dass (genossenschaftliche) Unternehmen nicht auf Gewinne orientiert
38 handeln, sondern darauf, soziale und ökologische Belange zu berücksichtigen.

1 **Rote Ampel für Dickmacher und Co – Ernährungsampel verpflichtend einführen**

2

3

4 Die LDK der Jusos Hamburg möge beschließen:

5 Zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Hamburg und anschließenden

6 Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD.

7

8

9 **Forderung:**

10

11 Die SPD-Minister*innen in der Bundesregierung, die SPD-Bundestagsfraktion, sowie die SPD-
12 Europaabgeordneten mögen sich für die verbindliche Einführung einer europaweit geltenden
13 „Ernährungsampel“ auf allen industriell erzeugten Nahrungsmitteln einsetzen.

14

15 Orientieren soll sich dieses System am „Nutri-Score“, welcher in Deutschland – planmäßig seit Herbst
16 2020 – freiwillig von Hersteller*innen an Lebensmittel angebracht werden kann. Die
17 Lebensmittelhersteller*innen sollen verpflichtet werden, die Buchstaben A bis E gut sichtbar an der
18 Vorderseite des Produkts anzubringen. Bis zur verpflichtenden europaweiten Einführung einer
19 „Ernährungsampel“, soll auf ein schnelles Einführen dieser freiwilligen Kennzeichnungsmethode in
20 Deutschland hingewirkt werden.“ durch: Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die Mitglieder des
21 Hamburgischen Senats werden dazu aufgefordert, eine Bundesratsinitiative zu starten, die darauf zielt,
22 dass bis zur Einführung einer europäischen Lösung der Nutri-Score in Deutschland verpflichtend
23 eingeführt wird.

24 Die „Ernährungsampel“ soll die bereits europaweit eingeführte Nährwertetabelle nicht ersetzen,
25 sondern ergänzen.

26

27

28 **Begründung:**

29

30 Die Einführung einer verpflichtenden Ernährungsampel wird von Verbraucherschützer*innen und
31 Ernährungswissenschaftler*innen schon seit längerem gefordert. Vorteile des „Nutri-Scores“ seien eine
32 – für die Verbraucher*innen – leichte Verständlichkeit der Kennzeichnung sowie eine Berücksichtigung
33 der – für eine gesunde Ernährung – wesentlichen Bestandteile der Nahrung. So deckt der „Nutri-Score“,
34 neben dem Gehalt an Zucker, Fett und Salz auch empfehlenswerte Bestandteile wie den Gemüseanteil,
35 Ballaststoffe oder Proteine in der Bewertung ab und gibt dann einen Wert von A bis E an.¹

36



37 Dass der „Nutri-Score“ Benutzer*innenfreundlich ist, zeigte eine im September 2019 vorgestellte Studie
38 des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Verbraucher*innen wurden in einer
39 Befragung dazu aufgefordert zwischen verschiedenen Kennzeichnungsmethoden auszuwählen. Dabei
40 gewann das „Nutri-Score“-System eindeutig, vor allem die leichte Verständlichkeit der
41 Kennzeichnungsmethode wurde von den Befragten positiv aufgenommen.²

42

43 Die Einführung einer Ernährungsampel kann – ausgehend von europarechtlichen Vorgaben – in
44 Deutschland nur auf freiwilliger Basis eingeführt werden. Dieser Antrag fordert deswegen eine schnelle

¹ <https://www.br.de/nachrichten/wissen/nutri-score-lebensmittelampel-deutschland,R83Ye4G>

² <https://www.bmel.de/DE/themen/ernaehrung/lebensmittel-kennzeichnung/freiwillige-angaben-und-label/naehrwertkennzeichnungs-modelle-nutriscore.html>



45 Einführung einer solchen Ampel auf freiwilliger Basis in Deutschland, sowie ein konsequentes Einsetzen
46 von Bundes- und Europapolitiker*innen für eine verpflichtende Einführung auf europäischer Ebene.

1 Antrag auf 1. Hilfe für psychische Belange in Schulklassen

2
3

4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD
5 Landesvorstand beschließen

6
7

8 **Forderung:**

9

10 Wir fordern die SPD Hamburg dazu auf sich im Senat dafür einzusetzen, Jugendliche im
11 Rahmen verpflichtender, schulischer Workshops für psychische Gesundheit¹ zu
12 sensibilisieren. Ziel dieser Workshops soll es sein, SchülerInnen dazu anzuregen, verstärkt auf
13 ihr psychisches Wohlbefinden zu achten, ihre psychische Gesundheit zu fördern und ihnen
14 gleichzeitig Beratungseinrichtungen und Hilfsmöglichkeiten aufzuzeigen. Dies soll in
15 Anlehnung an das bereits bewährte und von „Irrsinnig Menschlich e.V.“ entwickelte Konzept
16 erfolgen, bei dem fachliche Experten und Betroffene Schulklassen im Rahmen von Workshops
17 unterstützen. Die Durchführung von Workshops über psychische Gesundheit in Hamburger
18 Schulen soll durch die Schulbehörde mit entsprechenden Mitteln ermöglicht und unterstützt
19 werden. Ebenso soll darauf hingewirkt werden, dass die Schulbehörde federführend und
20 unter Beteiligung von Vertreter:innen der Schüler-, Lehrer- und Elternschaft sowie dem
21 Verein Irrsinnig Menschlich e.V. ein langfristiges Konzept entwickelt, um die Thematik
22 flächendeckend in allen Hamburger Schulen punktuell einzubinden – durch Projekte oder die
23 Verankerung in den Rahmen- und Bildungsplänen. Gleichzeitig soll sichergestellt werden, dass
24 auch angehende Lehrkräfte im Rahmen des Vorbereitungsdienstes durch das Landesinstitut
25 für Lehrerbildung für das Thema sensibilisiert werden; in Hinblick auf die Bedürfnisse der
26 Schüler:innen sowie der mit ihrer eigenen Rolle und Position verbundenen Verantwortung.

27
28
29

30 **Begründung:**

31

32 Deutschlandweit leiden knapp 18 Millionen Menschen an einer psychischen Erkrankung.² Das
33 entspricht beinahe dem Zwölffachen der gesamten Bevölkerungszahl Hamburgs.³ Bereits im
34 Jahr 2015 beliefen sich die direkten Krankheitskosten für die Diagnosegruppe der psychischen
35 Erkrankungen auf rund 44 Milliarden Euro und stellten damit nach den Krankheitskosten für

¹ Unter „psychischer Gesundheit“ wird im Folgenden der „Zustand des Wohlbefindens, in dem der Einzelne seine Fähigkeiten ausschöpfen, die normalen Lebensbelastungen bewältigen, produktiv und fruchtbar arbeiten kann und imstande ist, etwas zu seiner Gemeinschaft beizutragen“, verstanden, vgl. [Definition der WHO zur psychischen Gesundheit](#).

² Siehe [Studie von Ashoka und McKinsey](#) bzgl. des Potentials sozialer Innovation, u.a. auch zu dem des *Irrsinnig Menschlich e.V.*, S. 17; zudem DGPPN (2018): Sonderausgabe 175 Jahre DGPPN, Psyche im Fokus, S. 34.

³ Unter Verwendung des Bevölkerungsstands vom 31.12.2018, vgl. aktuelle [Statistik des Statistikamts Nord zum Bevölkerungsstand Hamburgs](#).

36 Herz-Kreislaufkrankungen die größten deutschen Gesundheitsausgaben dar.⁴ Bis 2030 ist
37 sogar noch ein deutlicher Anstieg zu erwarten.⁵

38

39 Doch das Problem ist nicht nur ein nationales, sondern ein globales: Nach Einschätzung der
40 WHO leiden 25% aller Patienten weltweit, die einen Gesundheitsdienst in Anspruch nehmen,
41 an mindestens einer psychischen, neurologischen oder Verhaltensstörung, von denen die
42 meisten nicht diagnostiziert oder unbehandelt sind.⁶ Davon sind keineswegs nur Erwachsene
43 betroffen: Etwa 20% aller Jugendlichen weisen bereits psychische Auffälligkeiten auf⁷ und
44 mindestens jede(r) Zehnte benötigt ärztliche Behandlung, wobei die Hälfte der psychischen
45 Gesundheitsprobleme bereits im Alter von 14 Jahren auftreten bzw. aufgetreten sind.⁸

46

47 Nichtsdestotrotz hatten 70% der betroffenen Kinder und Jugendlichen mit psychischen
48 Gesundheitsproblemen keine geeigneten Interventionen im ausreichend frühen Alter.⁹
49 Vielmehr vergeht (zu) viel Zeit zwischen dem Auftreten erster Symptome und dem Beginn
50 entsprechender Behandlungen.¹⁰ Dies ist insb. darauf zurückzuführen, dass die Jugendlichen
51 nicht über die erforderlichen Gesundheitskenntnisse verfügen, psychische Erkrankungen
52 oftmals als Stigma erlebt werden¹¹ und in der Gesellschaft noch immer tabuisiert sind.¹²

53

54 Ein Handeln zur Verbesserung der Präventiv- und Behandlungsmaßnahmen ist mit Blick auf die
55 genannten Zahlen also im Ergebnis von enormer Bedeutung.¹³ Angesichts des bereits
56 etablierten und bewährten Konzepts des Irrsinnig Menschlich e.V. erscheint dabei gerade ein
57 entsprechender „1. Hilfe-Kurs für psychische Belange“ mit ExpertInnen und Betroffenen zur
58 wirksamen und flächendeckenden Prävention psychischer Erkrankungen bei Jugendlichen als
59 besonders geboten und sinnvoll.¹⁴ Selbst finanzielle Erwägungen stützen diese Forderung: Eine
60 Studie ergab, dass 80 Millionen Euro eingespart werden könnten für jeden Prozentpunkt an
61 erkrankten Schülern, die sich in einem Schülerjahrgang zusätzlich in frühzeitige Behandlung
62 begeben. Dies ist insbesondere auf die Vermeidung indirekter Folgekosten zurückzuführen.¹⁵
63 Im Ergebnis sprechen demnach vor allem soziale und gesundheitliche, aber auch finanzielle
64 Belange für diese Forderung.

65

⁴ Vgl dazu [Studie von Ashoka und McKinsey](#), S. 17.

⁵ Vgl. [Report des World Economic Forums sowie der Harvard School of Public Health](#) (September 2011), in dem angegeben wird, dass sich in den Industriestaaten die auf psychische Erkrankungen zurückzuführenden Kosten zwischen 2010 und 2030 mehr als verdoppeln werden, vgl. Tabelle 13, S. 27.

⁶ So etwa der [Report des World Economic Forums sowie der Harvard School of Public Health](#), S. 26.

⁷ WHO (2003), Caring for children and adolescents with mental disorders: [Setting WHO directions](#), S. 4.

⁸ Vgl. [Studie von Ashoka und McKinsey](#), S. 18; zudem die [Statistik](#) der britischen Mental Health Foundation.

⁹ [Statistik](#) der Mental Health Foundation m.w.N.

¹⁰ Nach [Angaben der National Alliance on Mental Illness](#) beträgt die durchschnittliche Verzögerung zwischen dem Auftreten der Symptome psychischer Erkrankungen und der tatsächlichen Intervention 8-10 Jahre.


¹¹ Vgl. nur das [Grünbuch der Europäischen Kommission zur psychischen Gesundheit](#) (2005).

¹² So u.a. die [Studie von Ashoka und McKinsey](#), S. 18; mahndend zudem in einem [Statement der Irrsinnig Menschlich e.V.](#), wonach „psychische Krisen und Erkrankungen in der Gesellschaft immer noch tabuisiert“ sind.

¹³ Zu diesem Fazit gelangte bereits die WHO in 2001, als sie erstmals psychische Gesundheit zum Thema des Weltgesundheitstages machte, um einen weltweiten Politik- und Einstellungswandel im Umgang mit psychischen Erkrankungen zu erreichen, vgl. <https://www.who.int/world-health-day/previous/2001/en/>.

¹⁴ Vgl. [Studie von Ashoka und McKinsey](#), S. 17ff.; zur positiven Resonanz und Wirkung der Projekte des Vereins vgl. u.a. die Zusammenfassung der [Evaluationsergebnisse](#) zur Initiative „Psychisch fit studieren“.

¹⁵ Bei Programmkosten von rund 28 Millionen Euro, vgl. [Studie von Ashoka und McKinsey](#), S. 17.



66 Durch die Workshops kann bei den SchülerInnen und LehrerInnen zum einen zusätzliches
67 Wissen bzgl. seelischer Gesundheit geschaffen werden. Zum anderen kann durch die Berichte
68 der Betroffenen, die selbst bereits eine psychische Krise durchlebt und bewältigt haben, das
69 Bestehen von Berührungsängsten und Vorurteilen abgebaut werden. Die Forderung soll zu
70 einer besseren Aufklärung über psychische Gesundheit und einer Enthemmung gegenüber
71 Hilfsangeboten beitragen und gleichzeitig dem sukzessiven Abbau des mit psychischen
72 Erkrankungen verbundenen Stigmas dienen.¹⁶ Durch Einbindung der LehrerInnen in die
73 Workshops können diese zudem ihre Rolle als AnsprechpartnerInnen für die Klassen im Falle
74 psychischer Probleme stärken, um so zukünftig besser auf entsprechende Krisen der
75 Jugendlichen reagieren zu können.

¹⁶ Dazu unten mehr, vgl. insb. Fn. 12 und 13.

1

2 **Pflegestudium an der HAW nicht kürzen!**

3

4

5 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den
6 Landesparteitag der SPD Hamburg mit dem Ziel der Weiterleitung an die
7 Bürgerschaftsabgeordneten der SPD Hamburg beschließen:

8

9 **Forderung:**

10

11

12 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und alle Mitglieder*innen des Hamburgischen Senats werden
13 dazu aufgefordert, die Kürzung von Geldern des Studiengangs "B. Sc. Pflege (dual)"
14 zurückzunehmen. Die notwendigen finanziellen Mittel sind durch den Senat zur Verfügung zu
15 stellen, um eine Zukunft des für unsere Stadt und unsere Gesellschaft wichtigen Studiengangs
16 zu gewährleisten.

17

18 **Begründung:**

19

20 Laut dem FSR Pflege und Gesundheit an der HAW Hamburg wurde am 18. Dezember 2020 die
21 HAW durch den Hamburger Senat darüber informiert, dass die bereits zugesagten Mittel für
22 18 den dualen Studiengang Pflege so sehr gekürzt werden, dass bereits zum nächsten
23 Studienstart im September 2021 weniger Studienplätze zur Verfügung stehen werden.

24 Die Kürzungen haben nicht nur ab 2021 Auswirkungen: Für die derzeit Studierenden bedeutet
25 es weniger Lernmöglichkeiten in Kleingruppen mit Hands-on-Learning, stattdessen mehr
26 Frontalvorlesungen in großen Hörsälen. Auch die geplante Erweiterung des sogenannten
27 „Skills Lab“ wird nicht stattfinden können. In diesem müssen laut Pflegeberufegesetz (PflBG)
28 seit dem 1. Januar 2020 etliche Lerneinheiten stattfinden.

29 Wie oben schon angesprochen: Die Gelder für diesen Studiengang waren schon lange vor der
30 Corona-Pandemie mit Mitteln aus dem Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken über die
31 Wissenschafts-, Finanz- und Sozialbehörde bewilligt. Auch die Bürgerschaft stimmte zu. Jetzt
32 sind sie gekürzt. Begründung: Die Pandemie. In der jetzigen Lage als Erklärung zu pauschal,
33 intransparent und alles andere als nachvollziehbar – ist doch der Pflegeberuf einer der derzeit
34 wichtigsten für unsere Gesellschaft.

35 Überdies heißt es im neu geschlossenen Koalitionsvertrag zwischen SPD und B90/Grüne: „Wir
36 wollen gemeinsam mit dem UKE die Modellstudiengänge und weitere Konzepte für
37 innovative Lehrformate weiterentwickeln. Zudem wollen wir nach der Etablierung der
38 Hebammenwissenschaften den Ausbau weiterer Studiengänge in Gesundheitsfachberufen
39 vorantreiben. [...] Der Schwerpunkt der akademisierten Gesundheits- und Pflegeberufe [der
40 HAW; Anm. d. Autoren] wird seine Heimat im neuen Stadtteil Oberbillwerder finden.“ Die
41 jetzige Mittelkürzung steht dem Vorhaben konträr gegenüber.

42 Weiter heißt es zum 2019 geschlossenen Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken
43 (Nachfolge des Hochschulpaktes) in der Verpflichtungserklärung Hamburgs: „Der Bund hat im
44 Bereich der Gesundheitsberufe zahlreiche Reformen auf den Weg gebracht (Pflege,

45 Hebammen, Psychotherapeuten, Medizin, Zahnmedizin), die, sofern es sich um
46 Akademisierungen handelt (Pflege, Hebammen), auch unmittelbar kapazitäts-
47 haben. Durch die Ausbildung sowohl an der Medizinischen Fakultät der Universität Hamburg
48 als auch an der HAW Hamburg gewinnt das interprofessionelle Lernen hier an besonderer
49 Bedeutung.“

50 Es werden aktuell Pflegekräfte aus ihrem wohlverdienten Ruhestand erneut in den Dienst
51 gebeten, um im immensen Aufwand der Pandemie zu unterstützen. Gleichzeitig werden mit
52 dieser Politik junge ambitionierte Neueinsteiger*innen in ihrer Ausbildung behindert. Mit
53 solch kurzgedachtem Handeln wird es in Zukunft keinen wichtigen, hochqualifizierten
54 Nachwuchs mehr geben. Durch weniger akademisierte Pflegekräfte wird es eine weniger
55 kritische Masse geben, die dringend nötige Veränderungen herbeiführt.

56 Es darf nicht sein, dass im Laufe des Jahres (auch von sozialdemokratischen Politiker*innen)
57 wieder und wieder die Wichtigkeit des Pflegeberufes betont wird und neun Monate nach
58 Ausbruch der Corona-Pandemie in Deutschland Pflegenden mit dieser Art Politik ein Stück weit
59 betrogen werden.

60 Hamburg genießt mit seinem Universitätsklinikum deutschlandweit einen sehr guten Ruf. Wir
61 sollten also den Gesundheitsstandort Hamburg ausbauen und attraktiver gestalten, nicht aber
62 einen Gelder für einen fachlich passenden Studiengang kürzen.

1 **Titel: Kinderrechte gehören in die Verfassung**

2

3

4 Ziel: Die LDK der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Hamburg und
5 anschließend an den Bundesparteitag der SPD beschließen:

6

7

8 **Beschlusstext:**

9

10 Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion und das SPD-geführte Justizministerium fordern
11 einen neu zu schaffenden Artikel 2a GG, in dem:

- 12 • Das Wohl des Kindes nicht nur ‚angemessen‘, sondern ‚vorrangig‘ berücksichtigt wird.
13 • der Gesetzesentwurfes des Aktionsbündnis ‚Kinderrechte ins Grundgesetz‘ sinngemäß
14 übernommen wird:

15 **Formulierungsvorschlag des Aktionsbündnis Kinderrechte für einen neu zu schaffenden Artikel**
16 **2a GG:**

17 **(1) Jedes Kind hat das Recht auf Förderung seiner körperlichen und geistigen Fähigkeiten zur**
18 **bestmöglichen Entfaltung seiner Persönlichkeit.**

19 **(2) Die staatliche Gemeinschaft achtet, schützt und fördert die Rechte des Kindes. Sie**
20 **unterstützt die Eltern bei ihrem Erziehungsauftrag.**

21 **(3) Jedes Kind hat das Recht auf Beteiligung in Angelegenheiten, die es betreffen. Seine**
22 **Meinung ist entsprechend seinem Alter und seiner Entwicklung in angemessener Weise zu**
23 **berücksichtigen.**

24 **(4) Dem Kindeswohl kommt bei allem staatlichen Handeln, das die Rechte und Interessen von**
25 **Kindern berührt, vorrangige Bedeutung zu.¹**

26 **Begründung:**

27 „Das Grundgesetz hat bisher keine Kinder: Kinder kommen dort erstaunlicherweise nicht
28 vor, jedenfalls nicht als Inhaber von Rechten. Es gibt die Kinder im Grundgesetz nur als
29 Objekte elterlicher Verantwortung.“

30 Die Ende 2019 verabschiedete Anpassung der Kinderrechte ist als Symbolpolitik zu werten.
31 Das Wohl des Kindes ist nur „angemessen“ und „nicht vorrangig“ zu berücksichtigen. Die
32 Teilhabe bleibt weiterhin nicht gewährleistet.

33 „Beim Kindergrundrecht geht es nicht darum, dass der Staat sich zum Obererzieher
34 aufschwingt. Der Staat darf nicht darauf aus sein, unfähigen oder überforderten Eltern die
35 Kinder wegzunehmen. Der Staat muss sich aber sehr wohl zur Hilfe aufrufen, zu mehr Hilfe,
36 als er jetzt leistet. Er muss darauf aus sein, Eltern zu helfen, zum Beispiel mit Familienhilfen,
37 mit einem großzügigen Angebot an Kinderkrippen und Kindergärten - und womöglich mit
38 einem bedingungslosen Kindergrundeinkommen, weil die Armut, in der drei Millionen
39 Kinder in Deutschland aufwachsen, kein Erbgefängnis sein darf.

40 Die Gegner des Kindergrundrechts, zu denen lange auch die CDU/CSU gehörte, verweisen
41 auf den Schutz der Menschenwürde im Grundgesetz. Das genüge. Aber Kinder sind nicht
42 einfach kleine Menschen. Sie sind Menschen, die besonderen Schutz brauchen. Auch
43 andere, die ihn brauchen, sind im Grundgesetz eigens erwähnt, weil sie besondere
44 Förderung erfahren sollen: Menschen mit Behinderungen, Frauen, Mütter.

45 Das Bundesjustizministerium ist leider bei der Formulierung des Kindergrundrechts sehr

46 kleinmütig, um den Kritikern aus der Union entgegenzukommen. Die Formulierung, die es
47 vorgeschlagen hat, ist unzureichend, läppisch und mickrig. Das Kindeswohl soll, so heißt es
48 da, bei allem staatlichen Handeln "angemessen" berücksichtigt werden. Das ist schwach, das
49 sagt nicht viel, das bindet nicht, das bleibt hinter dem Verfassungsgericht und der UN-
50 Kinderkonvention weit zurück.

51 Dort steht, dass das Kindeswohl "vorrangig" zu berücksichtigen ist: "Bei allen Maßnahmen,
52 die Kinder betreffen, gleichviel, ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der
53 sozialen Fürsorge, von Gerichten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen
54 getroffen werden, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu
55 berücksichtigen ist." So soll es sein. Es ist abstrus, eine Verfassungsnorm schaffen zu wollen,
56 die das Kindeswohl weniger hoch hält als das jetzt schon geltende Recht. Die UN-
57 Kinderkonvention hat durch ihre Ratifizierung in Deutschland Gesetzeskraft und ist zu
58 befolgen. So muss es sein."

59 Dass Versuche einer Verfassungsänderung gescheitert seien, beruht auf einem falschen
60 Verfassungsverständnis: Die Verfassung ist nicht nur „Rechtsgesetz“, sondern muss den
61 Bürger in klarer Sprache ansprechen und überzeugen.

62 Wir fordern exakte Übernahme des GG Formulierungsvorschlag
63 des Aktionsbündnisses Kinderrechte (Deutsches Kinderhilfswerk, Deutscher
64 Kinderschutzbund und UNICEF Deutschland in Kooperation mit der Deutschen Liga für das
65 Kind) für die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz.

66

67 **Anlage:**

68 **1**Aktionsbündnis Kinderrechte, Kinderrechte ins Grundgesetz Formulierungsvorschlag, abrufbar unter:
69 [https://kinderrechte-ins-grundgesetz.de/wp-content/uploads/2017/11/Formulierungsvorschlag_KR_ins_GG-](https://kinderrechte-ins-grundgesetz.de/wp-content/uploads/2017/11/Formulierungsvorschlag_KR_ins_GG-2012-11-14-js.pdf)
70 [2012-11-14-js.pdf](https://kinderrechte-ins-grundgesetz.de/wp-content/uploads/2017/11/Formulierungsvorschlag_KR_ins_GG-2012-11-14-js.pdf)

71 **2**Prantl, Kinderhymne, Süddeutsche Zeitung, 04. Januar 2020

72 **3**Vgl. beispielsweise Prantl, Kinderhymne, Süddeutsche Zeitung, 04. Januar 2020; Tiedemann, Von
73 Symbolpolitik und Tarnkappen, Frankfurter Rundschau, 02. Januar 2020; Dörner/Keul, Die Rechte der
74 Kinder sind nicht gesichert, FAZ, 19. Dezember 2019; Janisch, Kinderrechte sollen ins Grundgesetz,
75 Süddeutsche Zeitung, 26. November 2019; ders., Kinderrechte, Nur ein Schrittchen, Süddeutsche Zeitung,
76 26. November 2019.

77 **4**Benassi/Eichholz, Grundgesetz und Kinderrechte, in: Deutsches Verwaltungsblatt 2017, S. 614-620

1 **Neue Arbeits- und Vorstandsmodelle ermöglichen**

2
3
4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge folgende Satzungsänderung beschließen und
5 anschließend an den Landesvorstand der SPD Hamburg weiterleiten:
6

7 8 **Petitum:**

- 9
10 I. § 4 der Satzung der Jusos Hamburg wird um folgenden Absatz 6 ergänzt:
11 „(6) Bei den Wahlen zu Vorsitzenden gemäß §5 Absatz 3 Buchstabe a, § 6 Absatz 3 Buchstabe a
12 und §13 Absatz 2 Buchstabe a können auch zwei Personen gemeinschaftlich antreten und
13 gemeinsam als Vorsitzende gewählt werden (Doppelspitze). Diese zwei Vorsitzenden dürfen
14 nicht demselben Geschlecht angehören, wobei mindestens eine Person eine Frau sein muss.“
15
16 II. § 13 der Satzung der Jusos Hamburg wird um folgenden Absatz 2a ergänzt:
17 „(2a) Die LDK kann beschließen, einen Teil oder alle der Beisitzerinnen in Einzelwahl für
18 spezifische Aufgaben zu wählen. Ein solcher Antrag muss mit der Einladung zugehen.“
19

20 **Begründung:**

21 Allgemein:

22
23 Die Jusos Hamburg haben im Herbst 2019 nach einem umfassenden Diskussionsprozess eine neue
24 Satzung beschlossen. Trotz aller Einbindung des Verbandes ist natürlich kein Aufschlag perfekt und
25 bietet immerzu Reformmöglichkeiten. Andererseits wollen wir kein Verband sein, der ständig
26 Nabelschau betreibt und nur über die eigenen Formalia diskutiert. Wir haben uns daher zur Aufgabe
27 genommen, diese neue Satzung nach einem Jahr noch einmal zu evaluieren und - bei Bedarf - mit einem
28 finalen Antrag diese Satzungsreform abzuschließen. Dies bildet die Grundlage dieses Antrages.
29

30 Zu a):

31 Wir haben im Vorfeld der ursprünglichen Satzungsreform bereits viel über die Doppelspitze diskutiert.
32 Zum einen wurde die Möglichkeit gesehen, gleichberechtigte und geschlechterparitätisch besetzte
33 Spitzen zu schaffen, da Vorsitze leider noch viel zu oft männlich dominiert sind. Ein weiteres Pro
34 Argument waren auch die Möglichkeiten, als Vorsitzende besser arbeitsteilig arbeiten zu können.
35 Bessere Arbeits- und Aufgabenteilung ermöglichen eine bessere Vereinbarkeit von Ehrenamt und
36 Privatleben, um der zeitlichen Überlastung im Ehrenamt vorzubeugen.
37

38 Als klares Gegenargument wurde aber gesehen, dass die bisher bekannten Ausgestaltungen dazu führen
39 könnte, das gewisse "Paare" unfreiwillig in eine gemeinsame Doppelspitzen gedrängt würden, die
40 sowohl persönlich, als auch für den Verband eine Belastung darstellen würde und die genannten
41 Vorteile ins Gegenteil verkehrten. Gleichzeitig sollten mögliche neue Vorstandsmodelle nicht gute
42 Einzelkandidaturen, gerade von Frauen, verhindern. Wir haben daher voller Interesse den *de facto*
43 Prozess der SPD-Bundesebene von Vorsitz-Teams angeschaut, bei deren Wahlgängen zusätzlich zu
44 Einzelkandidaturen solche Zweikandidaturen ermöglicht wurden und als Pate für diese Überarbeitung
45 stehen lassen: **Vorsitz-Teams treten schon gemeinsam an und werden auch gemeinsam gewählt.**

46

47 Dabei ist als feministischer Verband klar, dass diese Teams immer aus mindestens einer Frau bestehen
48 müssen. Das ermöglicht den Personen, die gemeinschaftlich eine Doppelspitze wollen, die Möglichkeit
49 als Team zu kandidieren, ohne anderen die Möglichkeit zu nehmen, weiterhin als Einzelkandidatin
50 anzutreten. Dies scheint uns der perfekte Weg, die Schwächen ungewollter Doppelspitzen zu
51 minimieren, ohne die Chancen guter Doppelspitzen formalistisch zu beschneiden. Laut Beschlusslage
52 des SPD-Bundesparteitags sind schon jetzt Doppelspitzen in allen Gliederungen und
53 Arbeitsgemeinschaften der Partei zu ermöglichen, sofern diese auf der jeweiligen Gliederungsebene
54 gewünscht sind. Den Weg hierfür soll dieser Antrag ermöglichen.

55

56 Zu b):

57 Um darüberhinausgehende Arbeitsteilungen zu ermöglichen, wird die Landesdelegiertenkonferenz
58 zudem künftig in die Lage versetzt, den Landesvorstand anders aufzustellen. Um das zu erreichen, kann
59 dann die LDK künftig anstelle vieler BeisitzerInnen konkret aufgabenbezogene Beisitzerinnen wählen.
60 Dies ermöglicht den Beisitzerinnen, stärker in Erscheinung zu treten und entlastet gleichzeitig den
61 übrigen Vorstand von Zuständigkeitsdebatten. Zusätzlich ermöglicht es eine Debatte auf der LDK, mit
62 welchen Themen sich der Landesvorstand in den kommenden zwei Jahren konkret auseinandersetzen
63 soll und wer dafür außerhalb des GLVs die Verantwortlichkeit zukommt. Dies befähigt und verpflichtet
64 zugleich und ermöglicht neue optionale Arbeitsmethoden.

65

66 Durch mögliche Doppelspitzen und möglichen „Arbeitsvorstände“ können somit Jusogruppen und
67 Kreise ihre Vorsitzenden auch paritätisch und partnerschaftlich aufstellen und der Landesvorstand hat
68 neben optionalen Doppelspitzen auch die Möglichkeit, aufgabenbezogener zu arbeiten und auch hier
69 Ehrenamt und Privatleben besser unter einen Hut zu bringen.

1 **8. Mai zum gesetzlichen Feiertag erklären**

2

3 Die LDK der Jusos Hamburg möge beschließen und an den Landesparteitag der SPD Hamburg
4 weiterleiten:

5

6

7 **Forderung:**

8

9 Die SPD Hamburg setzt sich dafür ein, den 8. Mai als „Tag der Befreiung Europas von der
10 nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“ zum gesetzlichen Feiertag

11 a) in Hamburg und

12 b) bundesweit erklärt wird.

13

14

15 **Begründung:**

16

17 Auch am 75. Jahrestag der Befreiung Europas von der nationalsozialistischen Terrorherrschaft
18 durch die Alliierten wird deutlich, dass die Bekämpfung von menschenverachtenden,
19 antisemitischen, rassistischen, antiziganistischen, sozialdarwinistischen und nationalistischen
20 Gedankengut eine fortwährende Aufgabe aller Demokrat*innen bleibt. Einen wichtigen
21 Beitrag leistet hierfür die staatliche Gedenkarbeit, insbesondere in Form von gesetzlichen
22 Feiertagen. An gesetzlichen Feiertagen werden Ereignissen von grundsätzlicher Bedeutung für
23 unsere Gesellschaft gedacht und die Bedeutung gewürdigt, die diese Ereignisse bis heute
24 haben.

25 Der 8. Mai 1945 ist so ein Datum. Er war eine Zäsur in der europäischen Geschichte und wirkt
26 bis heute nach. Gemeinsam befreiten die Sowjetunion, die USA, das Vereinigten Königreich
27 und Frankreich Deutschland und Europa vom Nationalsozialismus, wozu die deutsche
28 Bevölkerung in ihrer Gesamtheit weder Willens noch fähig war. Erst die Intervention von
29 außen ermöglichte die Entnazifizierung und die Demokratisierung Deutschlands, die die
30 Grundlage für die Bundesrepublik bildeten. Aber die Wahlerfolge der teils faschistischen AfD
31 und die nationalsozialistische Terror-Serie des NSU zeigen, dass der Kampf für Freiheit und
32 Demokratie – für den unzählige unserer Genoss*innen ihr Leben gaben –
33 gesamtgesellschaftlich weitergeführt werden muss, auch mit Hilfe der staatlichen
34 Gedenkarbeit.

1 **Titel: Bismarck in einen zeitgemäßen Kontext setzen**

2

3

4 Ziel: Die LDK der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Hamburg
5 beschließen:

6

7 **Forderung:**

8

9 Im Zuge der Sanierung des Bismarck-Denkmal am Alten Elbpark ist eine umfassende
10 Kontextualisierung und Umgestaltung des Denkmals sicherzustellen. Otto von Bismarck ist
11 eine historisch umstrittene Persönlichkeit deren eindimensionale Würdigung in der Form
12 eines monumentalen Denkmals weder zeitgemäß noch angebracht ist.

13

14 Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die Initiativen der Behörde für Kultur und Medien,
15 Initiativen wie den "Runden Tisch Koloniales Erbe" in die Planung der Sanierung einzubinden
16 und einen künstlerischen Wettbewerb auszuloben.

17 In der Planung und Durchführung der Sanierung des Denkmals soll die Behörde für Kultur und
18 Medien folgendes sicherstellen:

19

20 1) Das Bismarck-Denkmal soll von einem Monumentalbauwerk zu einem Gedenk- und
21 Begegnungsort umgestaltet werden. Dieser Begegnungsort soll das Wirken von Bismarck
22 umfassend und kritisch repräsentieren und an dem europäischen Gedanken "in Vielfalt
23 geeint" orientiert, sowie den Werten von Frieden, Freiheit, Solidarität und Menschlichkeit,
24 gewidmet sein.

25

26 2) In das bestehende Bismarck-Denkmal muss in einem erheblichen Maße baulich
27 eingegriffen werden. Der Anbau unscheinbarer "Gegendenkmäler", wie am Kriegerdenkmal
28 am Dammtor, ist weder für eine angemessene Kontextualisierung ausreichend noch kann es
29 der Monumentalstatue die Wucht nehmen. Es könnte in den Konzepten zur Umgestaltung
30 sogar eine Bebauung mit Gebäuden des immerhin sehr gut gelegenen Areals geprüft werden.

31

32 3) Die - egal ob mit oder ohne zusätzliche Bebauung erfolgte - Kontextualisierung muss neben
33 der Lichtseite Bismarcks - die Einigung Deutschlands - auch die Schattenseiten seines Wirkens
34 berücksichtigen. Hierbei sind insbesondere Bismarcks Kriegspolitik, seine Kolonialpolitik, sein
35 Kampf gegen Demokratie und Parlamentarismus sowie gegen die Arbeiter*innenbewegung
36 abzubilden. Diese vier Bereiche sind thematisch in Verbindung mit den in 1) beschriebenen
37 Werten zu setzen und als jeweils separate Gewerke in die physische Umgestaltung des
38 Denkmals zu integrieren.

39

40 4) In der Jury, die den Wettbewerb durchführt, sind die Perspektiven der Opfer von Bismarcks
41 Politik zu berücksichtigen. Es sind Vertreter*innen friedens- und europapolitischer
42 Bewegungen, kolonialismuskritischer Verbände, des Parlamentarismus und der
43 Arbeiter*innenbewegung einzubeziehen.

44

45 5) Es ist zu prüfen, ob und wie die im Denkmal gelegenen Luftschutzbunker geöffnet und in
46 den künstlerischen Wettbewerb einbezogen werden können.

47 Die Ergebnisse dieses Wettbewerbs sind mit einer breiten Öffentlichkeit zu diskutieren.

48

49 **Begründung:**

50

51 Das Hamburger Bismarck-Denkmal wurde 1906 als größtes Bismarck-Denkmal Deutschlands
52 geweiht. Es wurde durch Spenden wohlhabender und einflussreicher Hamburger Kaufleute
53 finanziert, die Bismarck durch dieses Monumentalbauwerk als "Reichseiniger" im Wortsinn
54 und für seinen Kolonialismus ein Denkmal setzten. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs
55 kamen immer wieder Diskussion darüber auf, ob diese Würdigung heute noch angemessen
56 und zeitgemäß ist. Im Sommer 2020 formulierte die Black Live Matters Bewegung eine
57 berechtigte Kritik an dem Denkmal, unterstützte doch Bismarck - wenn auch zögerlich - den
58 deutschen Kolonialismus in seiner Amtszeit als Reichskanzler.

59

60 Die Behörde für Medien und Kultur hat diese Kritik richtigerweise aufgegriffen, einen
61 Diskussionsprozess mit verschiedenen Akteuren initiiert und einen künstlerischen
62 Wettbewerb für die Ausgestaltung der anstehenden Sanierung und Weiterentwicklung des
63 Denkmals geplant. Der Rahmen dieses künstlerischen Wettbewerbs und insbesondere die
64 Formulierung der Ausschreibung und die Auswahl der Jury, haben sich an dem Ziel zu
65 orientieren, eine zeitgemäße und angemessene Kontextualisierung Bismarcks sicherzustellen,
66 einen wertebasierten Gegenpunkt zu setzen und das Denkmal als einen Begegnungsort neu
67 zu fassen.

68

69 Hierbei sind die verschiedenen Facetten des Wirkens von Bismarck zu berücksichtigen. So
70 war er laut den Historikern Jürgen Zimmerer und Christoph Nonn kein besonders
71 herausragender Politiker seiner Zeit, sondern vielmehr ein durchschnittlicher Politiker, der in
72 entscheidenden Momenten machtpolitisch kluge Entscheidungen traf. Die Überhöhung
73 Bismarcks - sowohl in Form des Denkmals als auch in der Inszenierung als Übertäter der
74 Deutschnationalen- ist also historisch falsch und aus heutiger Sicht unangemessen. Bismarck
75 war ein loyaler Kämpfer für die preußische Krone, deren vermeintliche Interessen er
76 kompromisslos gegen tatsächliche wie vermeintliche, äußere wie innere Gegner*innen mit
77 allen Mitteln durchsetzte - selbst gegen den Willen des Monarchen. Für Bismarck war der
78 Krieg ein legitimes Mittel der Politik, er war ein erbitterter Gegner des Parlamentarismus und
79 bekämpfte die katholische Kirche und die Arbeiter*innenbewegung mit drakonischen
80 Verboten und versuchte sie mit "Zuckerbrot und Peitsche" zu spalten. Er etablierte in Europa
81 ein Gleichgewicht der militärischen Abschreckung und war Wegbereiter für den deutschen
82 Nationalismus und Kolonialismus.

83

84 Ziel der Politik Bismarcks war die nationale Einheit unter preußischer Führung, seine Mittel
85 waren Krieg, Unterdrückung, gesellschaftliche Spaltung und die Idee der Ungleichwertigkeit
86 von Menschen. Hierfür steht das monumentale Bismarck-Denkmal. Die Weiterentwicklung
87 des Denkmals hin zu einem zeitgemäßen Gedenkort - immerhin an einer der wohl besten und
88 zentralsten Lagen Hamburgs - soll dementsprechend das repräsentieren, wofür unsere Politik
89 steht: Das Ziel einer europäischen Einheit - entsprechend des Mottos "in Vielfalt geeint" - und
90 die Werte des Friedens, der Freiheit, der Solidarität und der Menschlichkeit.

1 **Titel: Kreislaufwirtschaft verbessern – für einen sparsameren Umgang mit**
2 **Ressourcen**

3
4

5 Ziel: Die LDK der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Hamburg
6 beschließen:

7
8

9 **Beschlusstext:**

10 1. Vermieter:innen, Eigentümer:innen und Hausgemeinschaften werden verpflichtet, eine nach der
11 Anzahl der Wohneinheiten angemessene Anzahl blauer, gelber und grüner Tonnen aufzustellen und die
12 Gebühren für diese zu übernehmen. Es werden geeignete ordnungsrechtliche Maßnahmen
13 ergriffen, um diese Verpflichtung auch durchzusetzen.

14 Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

15 2. Die SPD Bundestagsfraktion und das SPD-geführte Bundesumweltministerium werden
16 aufgefordert, einen Gesetzesentwurf zu entwickeln, dessen Ziel das Verbot die Ausfuhr von
17 Abfällen aller Art aus der Bundesrepublik Deutschland in Staaten, die nicht Mitglied der
18 Europäischen Union sind. Das soll insbesondere auch sogenannte „sortenreine Abfälle“ wie
19 gesammelten Kunststoff aus dem dualen System, gebündelte Papierabfälle oder anderen
20 vorsortieren oder unsortierten Müll einschließen.

21 Es werden umfangreiche Mittel des Ordnungs- und Strafrechts geschaffen, um Verstöße ahnden
22 und so die Einhaltung des Verbots durchsetzen zu können.

23 Ziel ist der Aufbau einer Recycling-Industrie im Inland, mit der unser Land die Verantwortung für
24 den hierzulande verursachten Müll übernimmt. Diese Industrie kann später einmal Vorbild für
25 andere Industrieländer sein.

26 3. Die Stadtreinigung entwickelt ein besseres Konzept, mit dem mehr Wertstoffe aus dem Müll
27 aussortiert und recycelt werden können.

28
29

30 **Begründung:**

31 Zu 1.: Die Ressourcen unseres Planeten sind nicht unbegrenzt. Daher ist es unerlässlich, dass
32 langfristig alle Rohstoffe, die von Menschen irgendwo auf der Erde verwendet werden, auch
33 recycelt werden. Eine stichprobenartige Untersuchung des Umweltbundesamtes hat ergeben,
34 dass in Deutschland im Schnitt 40 % des Restmülls eigentlich in die Biotonne gehört und gut 25
35 % recycelbare Wertstoffe sind. In Großstädten wie Hamburg ist dieser Wert fast anderthalbmal
36 so hoch wie in Kleinstädten oder auf dem Land.

37 Dieser Unterschied erklärt sich leicht mit der unterschiedlichen Bebauungs- und Wohnstruktur.
38 Menschen, die in Einfamilienhäusern oder in kleineren Mehrfamilienhäusern mit
Eigentumswohnungen leben, können die Entscheidung zur

39 Mülltrennung selbst treffen und entscheiden sich auch oft dafür. Mieter:innen haben diese
40 Freiheit hingegen nicht. Für sie entscheidet der/die Vermieter:in. Zwar sind Vermieter:innen in
41 Hamburg bereits seit 2011 dazu angehalten, eine grüne und eine blaue Tonne aufzustellen,
42 allerdings zeigt spätestens ein Urteil des Amtsgerichts Blankenese (518 C 399/09), dass einem/er
43 Vermieter:in bei Missachtung dieses Gebots keinerlei Konsequenzen drohen. Gerade große
44 Wohnungskonzerne entscheiden sich aus Kostengründen oft gegen eine genauere
45 Mülltrennung. 54,4 % aller Deutschen wohnen zur Miete – ein Anteil so hoch wie in keinem
46 anderen europäischen Land. Mehr als die Hälfte aller Bundesbürgerinnen und Bundesbürger
47 kann derzeit nicht selbst entscheiden, ob sie durch Mülltrennung zum Klimaschutz beitragen
48 wollen. Darin steckt ein ganz erhebliches Potential zum Umweltschutz. In Anbetracht der Lage,
49 in der sich unsere Umwelt befindet, ist es gerechtfertigt, gewerblichen Vermietern diese kleine
50 Belastung aufzuerlegen.

51
52 Zu 2.: Deutschland ist ein reiches Land mit erheblichen industriellen und organisatorischen
53 Möglichkeiten. Uns würde es vergleichsweise leicht fallen, eine klimagerechte
54 Kreislaufwirtschaft aufzubauen. Daher sollten wir den ersten Schritt machen und mit gutem
55 Beispiel für andere Länder vorangehen.

56 Stattdessen exportieren wir immer noch massenhaft Altplastik (mit 1 Mio. Tonnen jährlich gut
57 einen Sechstel unserer Plastikabfälle) und anderen Abfall nach Süd-Ost-Asien; zumeist in Länder,
58 in denen Lohnkosten, Arbeitsbedingungen und Umweltschutzstandards viel schwächer
59 ausgestaltet sind als hier. Der Müll wird vor Ort oft mit umweltschädlichen Verfahren wieder
60 aufbereitet, unsachgemäß verbrannt oder im schlimmsten Fall einfach irgendwo illegal
61 deponiert. Darunter hat in vielen Fällen die lokale Bevölkerung zu leiden, ganz besonders die
62 Armen. Es ist eine geradezu unerträgliche Ungerechtigkeit, dass wir im 21. Jahrhundert immer
63 noch ärmere Länder mit unserem Müll regelrecht „zuschütten“. Mit einem Ausfuhrverbot von
64 Abfall und dem Aufbau einer eigenen und vorbildlichen Kreislaufwirtschaft können wir sowohl
65 ökologische als auch soziale Interessen schützen.

66
67 Zu 3.: Auch in Hamburg wird viel Müll schlichtweg ohne große Sortierung im „großen Feuer“
68 verbrannt. Zum Teil wird sogar zuvor sorgsam aussortierter Papier und Plastikmüll verbrannt,
69 wenn andere Brennmaterialien ausgehen. Eine solche Praxis sollten wir uns vor dem
70 Hintergrund der näher rückenden Klimakrise nicht mehr erlauben. Jedes Stück Plastik, das
71 verbrannt statt recycelt wird, setzt giftige Dämpfe frei und muss an anderer Stelle
72 umweltschädlich neu hergestellt werden. Jedes Stück Papier, das verbrannt statt recycelt wird,
73 bedeutet, dass mehr Bäume abgeholzt werden. Dabei kommt gerade Bäumen eine
74 Schlüsselrolle im Kampf gegen den Klimawandel zu, denn sie binden CO₂ auf ganz natürliche Art
75 und Weise. Auch in diesem Fall sollten wir in Hamburg mit gutem Beispiel vorangehen.

76

77

78 **Anlage:**

1 **Flächendeckenden Bereitstellung von Pfandregalen**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD
4 Landesvorstand beschließen

5

6 **Forderung:**

7 Wir fordern die SPD Hamburg dazu auf sich im Senat dafür einzusetzen, entsprechend den
8 lokalen Gegebenheiten, beim Aufstellen von neuen bzw. beim Ersetzen von alten
9 Abfallbehältern nur noch solche aufzustellen, die über ein sog. Pfandregal verfügen.

10

11 **Begründung:**

12

13 Viel zu oft landen Pfandflaschen in Abfallbehältern - (jährlich Pfand im Wert von ca.
14 180. Mio. €). Pfand im Müll ist nicht nur Verschwendung zu Lasten der Umwelt. Es verleitet
15 auch Pfandsammler*Innen dazu, den Abfall zu durchwühlen – und das ist demütigend,
16 gefährlich und mancherorts bei Androhung eines Bußgeldes verboten¹.

17

18 Bierflaschen bringen in der Regel 8 Cent Pfand ein, Mehrwegflaschen aus Glas oder Plastik
19 15 Cent, Dosen und Flaschen, die mit Einwegpfand belegt sind, 25 Cent². Seit diesem Jahr
20 haben wir einen Mindestlohn von € 9.35. Um auf diesen Betrag zu kommen, müssen
21 beispielsweise 60 Bierflaschen, 12 Dosen oder Einwegpfandflaschen, sowie 10
22 Mehrwegpfandflaschen gesammelt werden. Viele Menschen, die Flaschen sammeln,
23 versuchen auf diese Weise, ihre oft unzureichenden Sozialbezüge aufzubessern. Dabei sollte
24 die Stadt Hamburg sie unterstützen. Durch das Aufstellen sogenannter Pfandregale ist es
25 Menschen möglich ihre Flaschen nicht in, sondern neben den städtischen Abfallbehältern zu
26 platzieren, wodurch es den Flaschensammler*innen einfacher möglich ist das Pfand
27 einzusammeln. Denn klar ist: "Pfand gehört Daneben" und nicht in den Mülleimer.

28

29

30 **Anhang:**

31 ¹ <https://www.pfand-gehört-daneben.de>

32 ² [https://www.deutschlandfunk.de/flaschensammler-und-ihr-alltag-fuer-eine-handvoll-](https://www.deutschlandfunk.de/flaschensammler-und-ihr-alltag-fuer-eine-handvoll-euro.724.de.html?dram:article_id=456818)
33 [euro.724.de.html?dram:article_id=456818](https://www.deutschlandfunk.de/flaschensammler-und-ihr-alltag-fuer-eine-handvoll-euro.724.de.html?dram:article_id=456818)

1 **Barrierefreiheit bei MOIA gewährleisten**

2

3

4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den Landesparteitag
5 der SPD Hamburg beschließen:

6

7

8 **Forderung:**

9

10 Im Rahmen der vorgesehenen Evaluation des MOIA-Modellversuches ist durch die SPD-
11 Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats auch das Thema
12 Barrierefreiheit anzusprechen und die vorgesehene Erweiterung auf bis zu 1000 Fahrzeuge auch von
13 den Möglichkeiten des barrierefreien Transports abhängig zu machen.

14

15

16 **Begründung:**

17

18 Die UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet die unterzeichnenden Staaten sowohl in Artikel 9
19 (Zugänglichkeit) als auch in Artikel 20 (Persönliche Mobilität), Hürden bei der Beförderung von
20 Menschen mit eingeschränkter Mobilität abzubauen. Daraufhin ist unter anderem in das
21 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) ein Absatz eingefügt, der eine vollständige Barrierefreiheit bis
22 spätestens Januar 2022 vorsieht. Von dieser Regelung darf nur abgewichen werden, wenn ein
23 Maßnahmenplan vorliegt, der (begründet) ein anderes Datum bis zur Vollendung vorsieht.

24

25 Neue Dienste und Angebote wie MOIA fallen aktuell noch nicht in den Regelungsbereich des
26 Personenbeförderungsgesetzes, sondern sind durch Sondergenehmigungen zugelassen. Der
27 Barrierefreiheit ist bei diesen Angeboten bisher nicht umgesetzt und auch kein Bestandteil der
28 Genehmigungen. Menschen mit eingeschränkter Mobilität werden also von den erwarteten Vorteilen
29 dieser Angebote wie einem geringeren Preis als bei Taxen ausgeschlossen. Dieser Zustand muss
30 geändert werden.

31

32 Insbesondere vor dem Hintergrund, dass Pooling-Dienste wie MOIA in Zukunft ein Teil des ÖPNV
33 werden sollen und bei der Erfüllung des Hamburg-Taktes eine wichtige Rolle spielen sollen, muss die
34 Möglichkeit eines Angebotes ohne Barrieren bestehen.

35

36 Daher sollen Gespräche mit den Anbieter*innen, allen voran MOIA, aufgenommen werden, um diese in
37 die Pflicht zu nehmen, Angebote für Menschen mit eingeschränkter Mobilität zu schaffen. Dies kann
38 auch ein Punkt bei den Verhandlungen über neue Genehmigungen oder eine Ausweitung der aktuellen
39 Genehmigungen sein.

1 **Zukunftsgerechte Baustellen!**

2

3

4 Die LDK der Jusos Hamburg möge beschließen:

5 Zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Hamburg:

6

7

8 **Forderung:**

9

10 Die SPD Hamburg wird als Baustein einer zukunftsfähigen Verkehrspolitik umsetzen, dass sämtliche
11 städtischen Baustellen primär den Fahrrad- und fußläufigen Verkehr aufrechterhalten. Erst sekundär
12 sind Kraftfahrzeugfahrbahnen zu erhalten.

13 Zu diesem Zweck sollen die Bauämter und Bezirke der Stadt Hamburg bereits in der Bauplanungsphase
14 prüfen, dass während der Bauzeiten auf eine größtmögliche Aufrechterhaltung des Fahrrad- und
15 fußläufigen Verkehrs hingewirkt wird. Kraftfahrzeugfahrbahnen sind grundsätzlich nachrangig.

16 Das soll insbesondere bei Velorouten gelten.

17

18 **Begründung:**

19 Während es grundsätzlich sehr begrüßenswert ist, dass die Stadt Hamburg sich beispielsweise um den
20 Ausbau der Velorouten bemüht und in diesem Zuge für Fahrradfahrende verkehrssichere Radwege
21 schafft, ist der derzeitige Ansatz der Bauplanung, dass existierende Fahrradfahrbahnen und
22 Fußgänger*innenüberwege zugunsten der Aufrechterhaltung des Kraftfahrzeugverkehrs blockiert
23 werden. Dies geschieht meist ohne eine angemessene Umleitung, sodass Fahrradfahrende und auch
24 Fußgänger*innen oft zu entweder verkehrswidrigem Verhalten verleitet werden oder sich durch extrem
25 provisorische Umleitungen unnötigen Gefahren aussetzen müssen.

26

27 Diese Zustände gilt es, abzuschaffen. Deshalb muss die Bauplanung im Sinne einer umweltfreundlichen,
28 verkehrssicheren, modernen Metropole den Fahrrad- und fußläufigen Verkehr priorisieren, während
29 Kraftfahrzeuge nachrangig sind. Mithin sollen in Baustellen zuerst Kraftfahrzeugfahrbahnen gesperrt
30 werden, um bei Baumaßnahmen die Fußgänger*innen und Fahrradfahrenden über diese zu leiten.

1 **Gesundheit hat oberste Priorität – Soziale und ökologische Ziele bei**
2 **wirtschaftlichem Wiederaufbau mitdenken**

3
4

5 Die LDK der Jusos Hamburg möge beschließen:

6 Zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Hamburg und den Bundesparteitag der SPD:

7
8

9 **Forderung:**

10

11 In der aktuellen Krise geht die Gesundheit der Menschen vor. In den kommenden Wochen muss alles
12 Notwendige getan werden, um die Gesundheit aller zu schützen. Ausdrücklich begrüßen wir, dass bei
13 den Wirtschaftshilfen, die bisher ergriffen worden sind, auch die kleinen Unternehmen und
14 Gewerbetreibenden, NGOs und Künstlerinnen und Künstler mitberücksichtigt worden sind.

15

16 Wir unterstützen den Vorschlag von Olaf Scholz, dass nur solche Großunternehmen Staatshilfe
17 erhalten, die keine Dividenden ausschütten und eine Deckelung bei den Managergehältern
18 vornehmen.

19

20 Auch begrüßen wir die Überlegungen, dass bei kommenden Konjunkturprogrammen insbesondere in
21 solche Sektoren investiert werden soll, welche für den sozialen und ökologischen Umbau unserer
22 Wirtschaft eine besondere Bedeutung haben wie zum Beispiel erneuerbare Energien oder
23 Unternehmen, die mit nachhaltigen und sozialen Versorgungsketten arbeiten.

24

25

26 **Begründung:**

27

28 In der Wirtschaftskrise 2008 wurden Milliardenhilfen für die Wirtschaft bereitgestellt. Fortschritte für
29 die Umwelt- oder Klimapolitik brachten die diese aber kaum. Das soll nach Corona nicht noch einmal
30 passieren. Mehr denn je sollten wir auch nach Corona in eine soziale und nachhaltige Wirtschaft
31 investieren, die unsere Lebensgrundlagen langfristig sichert.

1 **Verzicht auf Dividendenauszahlung bei der Deutschen Bahn AG-Verwendung**
2 **überschüssiger Gewinne**

3
4

5 Die LDK der Jusos Hamburg möge beschließen:
6 Zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Hamburg und den Bundesparteitag der SPD:

7
8

9 **Forderung:**

10

11 Die SPD-Bundestagsabgeordneten sollen sich dafür einsetzen, dass der Bund als Eigentümer des
12 Konzerns Deutsche Bahn AG künftig auf seine jährliche Gewinnausschüttung von mehreren Hundert-
13 Millionen Euro verzichtet. Die überschüssigen Gewinne sollten stattdessen innerhalb der einzelnen
14 Unterfirmen reinvestiert und beispielsweise in Gleisnetz, Züge und Werkstätten investiert oder zur
15 Rücklagenbildung verwendet werden.

16

17 Der Verzicht auf die Dividendenauszahlung darf nicht dazu führen, dass Finanzmittel aus der LuFV,
18 der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Bund und dem Bahnkonzern, gestrichen
19 oder verringert werden.

20

21

22 **Begründung:**

23

24 Bei der Bereitstellung eines derart wichtigen Infrastrukturgutes wie der Deutschen Bahn braucht es
25 andere Maßstäbe als die kurzfristige Rentabilität. Die zentrale Rolle der Eisenbahn für eine
26 klimafreundliche, sozialökologische Verkehrswende fordert eine Verlagerung des Personen- und
27 Güterverkehr von der Straße auf die Schiene. Hierfür muss die Kapazität des Systems Bahn deutlich
28 aufgestockt und die Zuverlässigkeit massiv verbessert werden. Nur so kann ein erhöhtes
29 Verkehrsaufkommen bewältigt werden.

30

31 Dass es an einer einwandfrei funktionierenden Deutschen Bahn sowohl bei der Infrastruktur als auch
32 beim Fuhrpark mangelt, ist allgemein bekannt. Realität sind: Zugausfälle, Verspätungen, verärgerte
33 Fahrgäste, Entschädigungskosten. Darauf muss mit einer Qualitäts- und Investitionsoffensive reagiert
34 werden.

35

36 Der Verzicht auf eine Dividendenauszahlung würde dem Konzern mehr finanzielle Möglichkeiten
37 geben, Netze und Fahrzeuge in gutem Zustand zu halten, um so dem Gemeinwohlauftrag
38 nachzukommen und demokratische Kontrolle sicherzustellen. Dies darf nicht mit der Streichung
39 weiterer staatlicher Mittel einhergehen. Nur durch Investitionen in die Qualität der
40 Personenbeförderung kann die Verkehrswende erreicht werden. Der volkswirtschaftliche Nutzen des
41 Konzerns muss den maximal betriebswirtschaftlichen Gewinn überwiegen.

1 **Titel:** Schaffung der Rechtsform GmbH in Verantwortungseigentum

2

3

4 Ziel: Die LDK der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Hamburg
5 und anschließend zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen:

6

7

8 **Forderung:**

9

10 Wir fordern, dass durch Reform des GmbH-Gesetzes ein rechtlicher Rahmen für
11 Unternehmen in Verantwortungseigentum geschaffen wird. Der Begriff
12 Verantwortungseigentum bezeichnet eine besondere Form von Unternehmenseigentum.
13 Verantwortungseigentümern und Verantwortungseigentümerinnen kommt die
14 Leitungsmacht über ihr Unternehmen zu, doch haben sie keinen Zugriff auf den
15 Unternehmensgewinn und das in der Gesellschaft gebundene Vermögen.

16 **Begründung:**

17

18 Das klassische Gesellschaftsrecht baut – vereinfacht formuliert – wesentlich auf der Idee auf,
19 dass das Ziel unternehmerischen Handelns in der Gewinnerzielung für die Anteilseigner_innen
20 liegt. Eigentümer_innen eines Unternehmens in Verantwortungseigentum verstehen sich
21 demgegenüber als Treuhänder_innen, die das Unternehmen für zukünftige Generationen
22 erhalten und entwickeln möchten. Gewinne, die normalerweise durch Dividendenrechte und
23 einen durch Verkauf realisierbaren erhöhten Unternehmenswert von den Gesellschaftern
24 vereinnahmt werden können, bleiben langfristig im Unternehmen gebunden. Dies soll
25 Unternehmen vom Druck kurzfristiger Gewinnmaximierung im Interesse ihrer Gesellschafter
26 befreien und dadurch nachhaltiges, zweckorientiertes Wirtschaften, beispielsweise auch im
27 Interesse der Mitarbeitenden und der Umwelt, ermöglichen. Ein
28 „Verantwortungseigentümer“ ist damit ein Gesellschafter mit Stimm- und Teilhaberechten,
29 aber ohne Ansprüche auf Gewinnausschüttung und Liquidationserlös.

30 Dementsprechend sollen erstens in der GmbH in Verantwortungseigentum
31 Gesellschaftskapital und Unternehmensgewinne dauerhaft gebunden sein. Zweitens sollte die
32 Unternehmensverantwortung auf Ebene der Gesellschafter unabhängig von genetischer
33 Familie und Vermögen innerhalb einer engen Gemeinschaft der Gesellschafter übergeben
34 werden können (sogenannte „Fähigkeiten- und Wertefamilie“), die sich in das Unternehmen
35 praktisch als „Treuhänder“ einbringen.

1 **Titel:** Staatliche Investitionen von der Schuldenbremse ausnehmen

2

3

4 Ziel: Die LDK der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Hamburg
5 und anschließend zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen:

6

7

8 **Beschlusstext:**

9

10 Staatliche Investitionen, etwa in Infrastruktur, Bildung, Klimaschutz, Energiewende und
11 Wohnungsbau, werden von der in Art. 109 GG definierten Schuldenbremse ausgenommen.

12

13

14 **Begründung:**

15

16 Ein guter Kaufmann nimmt Schulden auf, wenn er investieren muss. Hauskauf,
17 Unternehmensgründung, neue Projekte – all das wäre ohne Schulden kaum umsetzbar.
18 Bilanziell betrachtet findet dadurch nur ein Aktivaustausch statt, das Vermögen nimmt nicht
19 ab. Entsprechend hat die FHH eine kaufmännische Buchhaltung – die „Doppik“ - in der
20 städtischen Haushaltsführung eingeführt und bekommt so durch bilanzielle
21 Vermögensabbildung einen besseren Überblick über ihre Vermögenssituation. Im Bund
22 verhindert Art. 109 GG, dass der Staat Schulden aufnimmt. Dabei ist keine Ausnahme für
23 Situationen vorgesehen, in denen der Stadt durch Schuldenaufnahme neue Werte schafft, wie
24 etwa durch Investitionen in Infrastruktur, Energiewende oder Wohnungsbau. Das ist ein
25 Fehlanreiz, der sinnvolle Investitionen in bleibende Werte verhindert. Deshalb ist die
26 Einführung einer entsprechenden Investitionsausnahme in Art. 109 GG nötig.

1 **Solidarität mit medizinischen Whistleblowern:**
2 **Asklepios muss Arbeitsbedingungen in den Hamburger Kliniken**
3 **verbessern statt Gesundheitspersonal zu kündigen**

4 Schon lange sind die Arbeitsbedingungen in einigen privaten
5 Hamburger Kliniken fatal und stellen eine Gefährdung für Mitarbeitende
6 und Patient:innen dar. Besonders in der aktuellen Situation, in der uns
7 allen tagtäglich vor Augen geführt wird, wie sehr unsere Gesundheit
8 auf einem funktionierenden System von Krankenhäusern,
9 Pflegeeinrichtungen und Sanitätsdiensten beruht, ist es erschreckend,
10 dass immer wieder Fälle von untragbaren Arbeitsbedingungen in
11 medizinischen Berufen öffentlich werden.

12 Von zu großen Betreuungsschlüsseln und zusätzlichen
13 Unterschreitungen dieser ohnehin zu hohen Mindestanforderungen
14 über zu wenig Zeit pro Patient bis hin zu zu wenig Geld und
15 letztendliches zu wenig Wertschätzung. Schätzungen zufolge fehlten
16 bereits vor der Pandemie 3500-4000 Pflegefachkräfte und nun müssen
17 die unterbesetzten Stationen pandemiegetrieben noch härter arbeiten.
18 Besonders die Situation der Intensivbetten, von denen aufgrund von
19 Fachkräftemangel etwa 20-30% nicht pflegbar und 73% belegt sind,
20 zeigt die Missstände auf.

21 In Zeiten eines nationalen Gesundheitsnotstandes ist es nicht nur
22 verständlich, sondern höchst unterstützenswert, dass sich
23 Pfleger*innen und medizinisches Personal innerhalb des eigenen
24 Arbeitsplatzes und notfalls eben auch in Bündnissen öffentlich dafür
25 einsetzen, ihrem Beruf auch nachgehen zu können. Wenn aus
26 Kostenmaximierungsgründen Pfleger:innen nicht zu angeschlagenen
27 oder gar sterbenden Patient:innen dürfen, weil Konzerne
28 Reinigungspersonal einsparen wollen und diese Aufgaben dem
29 Gesundheitspersonal aufs Auge drücken, dann führt diese operative
30 Gewinnerhöhung zur moralischen Bankrotterklärung.

31 Deshalb solidarisieren wir uns mit Romana Knezevic. Als Sprecherin
32 der Hamburger Krankenhausbewegung berichtete sie öffentlich von
33 eben solchen Missständen: Von unzureichend besetzten
34 Intensivstationen – hier in Hamburg. Von Pflegekräften, die vor lauter
35 zusätzlichen Reinigungsarbeiten nicht pflegen können und von allein

36 sterbenden Coronapatient:innen, denen deshalb nicht geholfen werden
37 konnte. Hier in Hamburg. Die Antwort des Asklepoiskonzerns war keine
38 Entlastung der Stationen, sondern eine Kündigung für Romana
39 Knezevic. Wir Jusos Hamburg solidarisieren uns – mit ihr und mit allen
40 jenen, die ihren Beruf auch als Berufung verstehen und den Schutz
41 menschlichen Lebens in den Vordergrund ihrer Arbeit stellen.

42 Abermals zeigt sich hier auch, wie die CDU Hamburg sich nachhaltig
43 gegenüber der Stadtgesellschaft versündigt hat. Hätte Ole von Beust
44 seinen Jugendfreunden nicht gegen den Willen von 77% der
45 Hamburger Bevölkerung die heutigen Hamburger Asklepioskliniken
46 zugeschustert, so wären diese Kliniken noch in der öffentlichen Hand
47 und wir könnten weit besser medizinische Mindestniveaus sichern.
48 Den direkten Zugriff auf zentrale medizinische Versorgungselemente
49 hat Hamburg durch die Vetternwirtschaft der Union jedoch verloren.
50 Markt statt Moral ist nun der größte Treiber der Gesundheitsvorsorge,
51 was insbesondere während der Pandemie wie ein Brennglas wirkt.
52 Jetzt werden sehenden Auges tagtäglich Coronatode in Kauf
53 genommen, solange die Gesamtmarge stimmt.

54 Wir fordern Asklepios deshalb auf, unverzüglich die
55 Arbeitsbedingungen insgesamt, besonders jedoch in den
56 Intensivstationen und den Coronastationen, nachhaltig zu verbessern.
57 Des Weiteren fordern wir, dass die Kündigung von Mitarbeitenden, die
58 sich für ordentliche Pflegebedingungen öffentlich einsetzen,
59 zurückgezogen werden. Darüber hinaus erwarten wir vom Senat eine
60 konsequente und transparente Aufklärung der aufgedeckten Missstände.
61 Der Senat muss alle ihm verfügbaren Möglichkeiten nutzen, um diese
62 unhaltbaren Zustände zu beheben – sei es ordnungsrechtlich,
63 regulatorisch oder im Rahmen der bestehenden Kontrollmöglichkeiten
64 durch die Rest-Minderheitsbeteiligung an den Hamburger Kliniken.

65 Darüber hinaus muss die Stadt muss künftig medizinischen
66 Whistleblowern die Möglichkeit geben, sich an eine vertrauliche und
67 unabhängige Stelle zu wenden. In einer Juso Projektgruppe
68 „Gesundheitspolitik“ wollen wir uns unter anderem dieser Aufgabe in
69 den nächsten Monaten annehmen.

70
71 Die Allgemeine Gesundheitsvorsorge ist eine Frage der
72 Daseinsfürsorge und darf nicht auf Profit, sondern muss auf
73 Gemeinwohl ausgerichtet sein. Für diese Maxime werden wir uns auf



74 allen Ebenen weiterhin einsetzen.